

Tilo Wesche

Demokratie und ihr Eigentum

Von der Marktfreiheit zur Wirtschaftsdemokratie

Abstract: Understanding the relationship of democracy and property ownership is one of the most important tasks for contemporary political philosophy. Surprisingly, philosophers writing on democracy and ownership rarely discuss their interconnectedness. This paper aims to clarify how a normative concept of property arrangements fosters democracy. On the one hand, it argues that democracy depends on a hybrid form of private and social ownership of productive assets that is a feature of economic democracy. The basic aspect of this conception can be captured by the claim that for securing the political liberties a widespread dispersal of property in productive resources is required that minimizes the formation of prejudices and therefore improves the conditions of deliberative democracy. On the other hand, this paper argues that freedom is most central for the justification of property rights. Instead of justifying property rights by external principles of justice, democracy and legitimacy, it argues that the notion of ownership is not intelligible as long as one leaves the concept of freedom aside.

Keywords: property rights, economic democracy, social ownership, concept of freedom, Kant, Hegel, Marx.

DOI 10.1515/dzph-2014-0032

Gegenwärtig besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung nahezu die Hälfte des Weltvermögens. Die drei reichsten Familien Englands verfügen über ebenso viel wie das ärmere Drittel der Bevölkerung. Der Wert eines Privatunternehmens wie General Electric übersteigt das Bruttoinlandsprodukt der gesamten Volkswirtschaft Polens. Solche Ungleichheiten provozieren nicht nur Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Im Licht der Kategorie Eigentum werfen sie auch Fragen der Demokratie auf. Ungleichheiten dieser Art nehmen die Gestalt einer Konzentration von Eigentum und damit von ökonomischer Macht an, die die politische Idee einer demokratischen Gemeinschaft von Freien und Gleichen untergräbt.

PD Dr. Tilo Wesche: Universität Basel, Philosophisches Seminar, Steinengraben 5, CH-4051 Basel; tilo.wesche@unibas.ch

Die folgenden Überlegungen widmen sich der Frage danach, wie Demokratie und Eigentumsordnungen miteinander verschränkt sind.¹ Welche Eigentumsordnung besitzen Gesellschaften, die ihr demokratisches Versprechen einlösen? Von einer Antwort dürfen wir uns zwei Einsichten erhoffen: Erstens ist in demokratietheoretischer Hinsicht ein besseres Verständnis darüber zu erwarten, weshalb Demokratien bestimmte Eigentumsarrangements erfordern. Eigentumsordnungen stellen, so die Leitthese, eine normative Grundlage für Demokratien dar.

Die Frage, welche Eigentumsordnung Demokratien benötigen, spielt in heutigen Demokratietheorien bestenfalls eine Nebenrolle. Diese Eigentumsvergessenheit erklärt sich zweifellos aus dem berechtigten Bedeutungsverlust des Zensuswahlrechts. Eigentumsverankerte Demokratien stellen historisch, insbesondere im Republikanismus, keinesfalls die Ausnahme dar. Im Gegenteil; wenn es eine Kontinuität in der Geschichte der Demokratie von ihren antiken Anfängen über die Neuzeit Englands bis ins zwanzigste Jahrhundert gab, dann war es die Verflechtung von Demokratie mit Eigentum. Allerdings kam sie als Zensuswahlrecht zur Geltung, das den normativen Demokratiekerne, das Wahlrecht, auf Eigentümer beschränkt und somit den Gleichheitsgrundsatz eines allgemeinen Wahlrechts verletzt. In der athenischen Demokratie und Timokratie wurde die soziale Herkunft von dem Eigentum als Berechtigung für politischen Einfluss abgelöst.² Bürger, die Eigentum besaßen, um von ihm zu leben, genossen das Vertrauen, auch für die Erhaltung und Entwicklung der Gemeinschaft sorgen zu können, und erhielten mit den Bürgerrechten das Wahlrecht. Heinrich VI. setzte 1430 aus Gründen der Einflussssicherung ein Grundeigentümer-Wahlrecht in Kraft, das ein Stimmrecht auf Eigentümer einschränkt, die über größeren Landbesitz verfügen oder in Zünften organisiert sind.³ Wenn auch den Wahlkörper vergrößernd, begrenzt Kant das Wahlrecht dennoch auf Eigentümer, deren wirtschaftliche Selbständigkeit ihnen eine unabhängige Wahlentscheidung erlaubt; Perückenmacher dürfen, so Kant, deshalb ein Wahlrecht ausüben, Frisöre hingegen nicht.⁴ Aber auch dort, wo, wie bei Mill, ein allgemeines Wahlrecht anerkannt wird, scheint die Bindung demokratischer Rechte an Eigentum eine Selbstverständlichkeit zu sein. Auf der Grundlage eines Pluralstimmrechts stattet Mill Eigentümer aufgrund ihrer Fähigkeiten und Tugenden mit mehr Stimmen aus, als

1 Für Kritik und Anregungen danke ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kolloquien an den Universitäten Fribourg, Leipzig, Erfurt, Bochum, Frankfurt am Main, Gießen und Jena, auf denen Arbeitsfassungen dieses Beitrages diskutiert wurden.

2 Vgl. Bleicken (1995), 25 ff.

3 Vgl. Macpherson (1973), 131 ff.

4 Vgl. Kant (1992), 27–28 (A 245–247).

sie Eigentumslose besitzen.⁵ Damit wird zwar der Inklusion Rechnung getragen, aber der Gleichheitsgrundsatz ‚Eine Person, eine Stimme‘ verletzt.

Das Zensus- und Pluralwahlrecht musste zunehmend dem allgemeinen Wahlrecht weichen, das allen Bürgerinnen und Bürgern die gleiche politische Mitbestimmung sichert. Diese Errungenschaft darf indes nicht den Blick dafür trüben, dass bestimmte Eigentumsordnungen normativ wertvoll für Demokratien sind. Die Unabhängigkeit des Wahlrechts vom Eigentümerstatus und eine angemessene Eigentumsordnung, die den demokratischen Prozess stärkt, sind zwei Seiten derselben Medaille. Die große Ausnahme in den Demokratiedebatten der Gegenwart stellt die Theorie der Demokratie mit Eigentumsbesitz von John Rawls dar. Schon der Name – property-owning democracy – signalisiert, wie eng Demokratie mit einer angemessenen Eigentumsordnung verknüpft ist.⁶ Der Entkoppelung des Wahlrechts vom Eigentümerstatus muss, so Rawls, die Einbettung der politischen Meinungs- und Willensbildung in eine wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnung folgen, in der das Eigentum an Unternehmen, Kapital und Land möglichst breit gestreut ist. Jenseits von Rawls werden wir die normative Kraft ausloten, die Eigentumsordnungen für die demokratische Meinungs- und Willensbildung entfachen.

In eigentumstheoretischer Hinsicht versprechen wir uns zweitens mehr Klarheit über die Begründung von Eigentum. Eigentum rechtfertigt sich, so die weitere Leitthese, mitunter aus bestimmten Gestalten der materiellen, politischen und epistemischen Selbstbestimmung, die zusammen die demokratischen Freiheiten bilden. Eigentumsordnungen verdanken ihre Legitimation zum Teil dem Umstand, dass in ihnen die demokratischen Freiheiten ausgeübt werden können.

Dem Junktum zwischen Demokratie und Eigentum kann man sich aus zwei Richtungen her annähern. Man kann von einem demokratietheoretischen Standpunkt ausgehen und Eigentumsordnungen als normative Voraussetzungen der Demokratie in den Blick nehmen. Dieser demokratietheoretische Zugriff birgt jedoch die Gefahr, dass der Demokratieanspruch dem Eigentumsbegriff als eine fremde Norm übergestülpt und das Eigenrecht des Eigentums übergangen wird. Um der Gefahr einer demokratietheoretischen Vereinnahmung Rechnung zu tragen, werden wir uns auf das Konzept einer demokratischen Eigentumsordnung vom Eigentumsbegriff her zubewegen. Unsere Eigentumsbegründung erfolgt

⁵ Vgl. Mill (1971), 73–76.

⁶ Über diese Theorie nachzudenken lohnt sich auch dann, wenn man Rawls' kontraktualistische Prämissen ablehnt oder wenn seine Eigentumstheorie letztlich auf Grenzen stößt. Rawls' Theorie der Demokratie mit Eigentumsbesitz ist mittlerweile gut erschlossen in: O'Neill u. Williamson (2012); Cheneval u. Laszlo (2013).

damit über eine immanente Begriffsanalyse, die das normative Potential bergen soll, das dem Eigentumsbegriff innewohnt. Die Gründe, aus denen sich Eigentum rechtfertigt, schließen das Argument für eine demokratische Eigentumsordnung mit ein. Das Junktum zwischen Demokratie und Eigentum liegt im letzteren selbst begründet; es ergibt sich immanent aus dem Eigentumsbegriff. Den Ausgangspunkt bildet dabei das Eigentumsverständnis der liberalen Marktfreiheit (economic liberty), über das, was einem gehört, frei verfügen zu können. Man muss nicht auf gerechtigkeits- oder demokratietheoretische Konzepte ausweichen, um dagegen eine demokratische Eigentumsordnung in Anschlag zu bringen. Vielmehr lässt sie sich dem marktfreiheitlichen Eigentumsverständnis selbst entlocken, indem es am eigenen Freiheitsanspruch gemessen wird. Die gleiche Freiheit, aus der sich Eigentum herleitet, rechtfertigt seine demokratische Ausgestaltung.

Im ersten Kapitel wird ein Eigentumsbegriff eingeführt, der seinem Bedeutungsreichtum Rechnung tragen soll (1). Ein voller Eigentumsbegriff umfasst sowohl private als auch soziale Eigentümerschaft. Weder sollte man sich mit Vorstellungen zufrieden geben, die freiheitliches Eigentum in Privateigentum und Marktfreiheit aufgehen lassen, noch sollte man die Errungenschaft des Eigentums handstreichartig in den Wind schießen und im Namen einer Radikalkritik „das Ende des Eigentums“ ausrufen.⁷ Beide Extreme treffen sich in der gemeinsamen Vorstellung von Eigentum als einer ausschließlich privaten und marktfreiheitlichen Institution. Statt mit einseitigen Eigentumsvorstellungen Vorlieb zu nehmen, muss private wie auch soziale Eigentümerschaft und somit eine unverkürzte Eigentumsvorstellung in ihr Recht gesetzt werden. Wir werden der klassischen Begründung von Eigentum durch Freiheit folgen und die Gründe für eine private, soziale oder hybride Eigentümerschaft als Freiheitsgründe darlegen. Freiheit differenziert sich dabei in materielle, politische und epistemische Selbstbestimmung aus. Zu begründen ist also, ob entweder privates oder gemeinschaftliches Eigentum oder eine Mischform beider der materiellen, politischen und epistemischen Selbstbestimmung gerecht wird. Eigentum bezieht demzufolge drei normative Ansprüche ein: Das Freiheitsversprechen des Eigentums erfüllt sich in der Verfügungsgewalt über die materiellen Lebensbedingungen, der Einbettung von Eigentumsordnungen in einen politischen Gesetzgebungsprozess und der möglichst breiten Streuung von Eigentum an Produktivressourcen.

Die Eigentumsbegründung setzt im zweiten Kapitel mit dem Selbstverständnis klassischer Freiheitstheorien des Eigentums an, demzufolge die *materielle Selbstbestimmung* ein starkes Argument für Privateigentum ist (2). Eigentum befähigt demnach Personen dazu, über die materiellen Lebensbedingungen zu

7 Siehe exemplarisch: Hardt u. Negri (2010), 19–36.

verfügen und durch Arbeit sich selbst die Sachen zu verschaffen, die für ein gutes Leben erforderlich sind. Dieses Selbstverständnis weist gleich mehrere Einseitigkeiten auf. Zum einen gilt materielle Selbstbestimmung in Bezug auf Grundgüter wie Wasser, Energie und Gesundheitsleistungen als ein Argument nicht für Privateigentum, sondern für gemeinschaftliches Eigentum; und zum anderen erschöpft sich ein freiheitliches Eigentumsverständnis keinesfalls in der materiellen Selbstbestimmung. Um das Freiheitsversprechen des Eigentums einzulösen, bedarf es seiner Einbettung in einen Prozess der *politischen Selbstbestimmung* (3). Diese garantiert Personen die Gestaltungsmöglichkeiten jener materiellen Bedingungen, unter denen sie Eigentum erwerben, und verschafft damit Eigentumsordnungen ihre Legitimität. Das Freiheitsversprechen des Eigentums bezieht zudem *epistemische Selbstbestimmung* ein (4). Auf ihr baut die epistemische Begründung einer wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnung auf, in der das Produktiv-eigentum an Unternehmen, Kapital und Land möglichst breit gestreut ist. Das Eigentumsarrangement der Wirtschaftdemokratie mobilisiert die Bereitschaft, sich an der öffentlichen Deliberation möglichst unvoreingenommen zu beteiligen. Eigentümerschaft stellt hier eine soziale Kooperation dar, die rationalisierende Impulse für die demokratische Meinungs- und Willensbildung erzeugt. Die Schlussfolgerungen halten das *immanente Vorgehen* der Eigentumsbegründung fest (5). Statt die Idee der Wirtschaftdemokratie von außen an den Eigentumsbegriff heranzutragen und von einem externen Standpunkt der Gerechtigkeit, Demokratie oder Legitimation aus zu begründen, ergibt sie sich als eine innere Konsequenz aus dem Eigentumsbegriff selbst. Für ihre Begründung brauchen die Verteidiger freiheitlichen Eigentums von nichts anderem überzeugt zu werden, als sich von ihren eigenen Lippen ablesen lässt.

1 Begründungsfiguren für privates und gemeinschaftliches Eigentum

Der Rechtfertigungsbedarf der Institution Eigentum wird leicht durch ihre Selbstverständlichkeit verdeckt. Eigentum rechtfertigt sich aus zwei Quellen, die unterschiedliche Begründungsaufgaben erfüllen. Die *allgemeine* Begründungsaufgabe betrifft erstens die Frage, weshalb Eigentum überhaupt erstrebenswert und der Eigentumslosigkeit vorzuziehen ist. Der *Zweck* des Eigentums rechtfertigt hier dessen Unverzichtbarkeit und erklärt, weshalb arbeitsteilige Gesellschaften unter Knappheitsbedingungen des Eigentums bedürfen. Die *spezifische* Begründungsaufgabe zielt zweitens auf die Begründungsfigur der ‚ursprünglichen Aneignung‘ und beantwortet die Frage, in welche besondere Form das Eigentum an

bestimmten Sachen übergehen soll. Die *Gründe* des Eigentums rechtfertigen hier verschiedene Formen des Eigentums und erklären, weshalb in Bezug auf unterschiedliche Sachen Eigentum die Gestalt entweder des Privateigentums oder Gemeineigentums oder einer Mischform von beiden annehmen soll. Ausgehend von der allgemeinen Begründungsaufgabe wird im weiteren Verlauf unsere Aufmerksamkeit der spezifischen Begründungsaufgabe gelten, die ungleich wichtiger und schwerer zu fassen ist.

Der Zweck des Eigentums ist die Verteilung von Rechten an Sachen in arbeitsteiligen Gesellschaften mit knappen Ressourcen.⁸ Eigentumsordnungen regeln die Verteilung von Sachen, die unter Bedingungen der Ressourcenknappheit und Arbeitsteilung erzeugt werden. Die Produktion von Sachen für ein gutes Leben – für das Überleben und darüber hinaus das Wohlergehen – setzt eine Arbeitsteilung voraus, sofern in der Regel sich niemand mit ihnen selbst versorgen kann. Eine effiziente Versorgung mit lebensrelevanten Sachen wird durch eine Aufteilung spezialisierter Tätigkeiten und Teilprozesse innerhalb eines Produktionsvorganges ermöglicht. Weil die erforderlichen Sachen nicht von jeder Person durch eigene Tätigkeit hergestellt werden, sondern das Kooperationsergebnis einer Vielzahl von Personen sind, müssen sie nach ihrer Produktion verteilt werden. Zudem gehen die lebensrelevanten Sachen in der Regel aus einem Prozess der Wertschöpfung hervor, der Kraft, Zeit und Arbeit kostet, Kooperationsbereitschaft, Wissen und Sinn erfordert und teilweise die glücklichen Umstände einer günstigen Umwelt voraussetzt. An solchen Ressourcen, aus denen lebensrelevante Sachen erzeugt werden, herrscht Knappheit. Für die Eigentumsbegründung sind dabei nur unvermeidliche, nicht künstlich hergestellte Knappheiten bedeutsam. Sofern diese Ressourcen knapp und deshalb ihre Produkte begrenzt verfügbar sind, bedarf es deren Verteilung. Gesellschaften benötigen also Eigentum aus Gründen der Verteilung von Sachen, die unter Bedingungen der Ressourcenknappheit und Arbeitsteilung hergestellt werden. In einer idealen Gesellschaft ohne Ressourcenknappheit und Arbeitsteilung bedarf es dagegen keiner Verteilung. Denn wenn jeder hat, was er braucht, und niemand mehr will, als er benötigt, müssen Güter und Leistungen nicht verteilt werden. In einer idealen Gesellschaft wird mit der Verteilung somit auch das Eigentum als Verteilungsordnung entbehrlich. Solange aber in realen Gesellschaften lebensrelevante Sachen aus aufgeteilten Arbeitstätigkeiten und knappen Ressourcen wie Zeit, Wissen und glücklichen Umständen hervorgehen, bedarf es ihrer Verteilung und somit des Eigentums.

In Eigentumsordnungen verläuft die Verteilung über das Medium Recht. Eigentum ist eine Rechtsform und besteht deshalb nur innerhalb einer Rechts-

⁸ Waldron (1988), 31–33.

gemeinschaft, die Recht setzen und durchsetzen kann. Es bildet eine Gruppe von positivierten Rechten – das Sachenrecht – mit Klagebefugnis und zwangsbewehrter Durchsetzungschance. Wenn Eigentum erworben, geschützt oder übertragen wird, dann wird weniger die Sache selbst als das Recht an einer Sache erworben, geschützt oder übertragen. Die Rechtsform des Eigentums stellt die *differentia specifica* gegenüber dem Besitz dar, der die Beziehung zur Sache und deren Umfang (kleiner oder großer Besitz) ausdrückt.⁹ Eigentumsfähige Sachen umfassen dabei Materialgüter, Immaterialgüter und Dienstleistungen.¹⁰ Eigentum ist demnach eine institutionelle Ordnung, durch die bestimmte Rechte an Sachen innerhalb einer Rechtsgemeinschaft zwischen ihren Mitgliedern verteilt werden.

Allgemein anerkannt ist die rechtphilosophische Auffassung, dass Eigentum ein subjektives Recht ist. Der subjektive Rechtscharakter stellt eine Errungenschaft des modernen Rechts dar und zeichnet sich durch eine autonome Rechtsbegründung aus. Subjektive Rechte verdanken ihre Geltung keiner anderen Quelle, etwa einer Pflicht, als ihrer selbst. So werden einer Person Eigentümerrechte nicht durch die Pflicht verliehen, dass fremdes Eigentum zu achten sei. Das Recht auf den Ausschluss anderer von dem Gebrauch einer Sache besitzt eine Person nicht deshalb, weil für andere Diebstahl verboten ist. Vielmehr wird sie zu diesem Recht allein durch ihren Status als Rechtsperson ermächtigt, die Trägerin von Eigentumsrechten ist. Subjektive Rechte leiten sich nicht aus einer Pflicht her, sondern umgekehrt sind hier Pflichten derivativ und Rechte vorrangig. Mit dem subjektiven Rechtscharakter ist zudem keine Vorentscheidung über das Verhältnis von privatem und gemeinschaftlichem Eigentum gefällt. Denn Träger der Eigentumsrechte sind Rechtspersonen, die entweder einzelne Individuen oder Gruppen sein können.

Aus dem autonomen Begründungscharakter subjektiver Rechte ergeben sich vier Merkmale. Subjektive Rechte sind erstens generelle Rechte an Sachen (*in rem*).¹¹ Da einer Person ein Recht kraft ihres Status als Rechtsträgerin verliehen wird, gelten Rechte für alle Personen. Jede Person darf ihr Recht gegenüber beliebigen Personen geltend machen. Dagegen werden spezielle Rechte nur bestimmten Personen verliehen und an bestimmte Personen (*ad personam*) gerichtet.

⁹ Die Alltagssprache lässt sowohl Gleichheiten als auch Unterschiede der Bedeutungen zu. Wir können zwar sagen, dass ein Dieb und eine tadellose Person über den gleichen Besitz verfügen. Die Rede aber, dass ein Dieb und eine tadellose Person über das gleiche Eigentum verfügen, läuft der Bedeutung des Eigentums zuwider, weil es als Rechtsform den rechtmäßigen Besitz klassifiziert. Siehe zum Unterschied zwischen Eigentum und Besitz: Angehrn (1989).

¹⁰ Ich übernehme hier Hegels Begriff der eigentumsfähigen Sache; Hegel (1970), 103. Zu eigentumsfähigen Sachen gehört alles, was keinen freien Willen hat. Personen und ihre Bestandteile (Körperorgane, genetisches Material etc.) sind damit vom Eigentum ausgeschlossen.

¹¹ Hierzu ist der locus classicus: Hart (1985).

Bestimmte Personen haben hier aufgrund ihrer Rolle oder Mitgliedschaft Rechte gegenüber anderen Rollenträgern oder Mitgliedern einer Gemeinschaft.

Subjektive Rechte sind zweitens formale Freiheitsrechte. Zur Form subjektiver Rechte gehört die Freiheit, selbst über ihre Ausübung zu entscheiden. Wenn berechnigte Ansprüche auf dem Status eines Rechtsträgers beruhen und den korrespondierenden Pflichten vorausgehen, dann muss es zur ‚Rechtsmacht‘ oder ‚Kompetenz‘ des Rechtsträgers gehören, nach freiem Belieben darüber zu entscheiden, ob er dieses Recht wahrnimmt oder es sein lässt.¹² Der Rechtsträgerstatus ermächtigt eine Person zur freien Entscheidung darüber, ob sie ein Recht in Anspruch nimmt oder auf seine Inanspruchnahme verzichtet.

Subjektive Rechte ermächtigen Personen drittens dazu, andere zu verpflichten.¹³ Das freie Belieben des Rechtsträgers, ein Recht in Anspruch zu nehmen oder nicht, hat rechtlich verbindliche Folgen für andere. Mit der Entscheidung für die Ausübung eines Rechts wird die entsprechende Pflicht anderen auferlegt. Mit der gegenteiligen Entscheidung, ein Recht nicht wahrzunehmen, werden andere von einer Pflicht entbunden. Die Verpflichtung anderer fällt somit in das Belieben des Rechtsträgers. Eigentümer dürfen, müssen aber nicht ihre Ansprüche anderen gegenüber geltend machen. Ein Gartenbesitzer kann sein Eigentümerrecht wahrnehmen und andere von der Gartennutzung ausschließen oder auf die Wahrnehmung seines Rechts verzichten und den Gebrauch des Gartens anderen überlassen.

Subjektive Rechte sind viertens Ansprüche ohne Selbstverpflichtung.¹⁴ Pflichten gelten unabhängig vom Belieben ihres Adressaten, dem es nicht anheimfällt, darüber zu befinden, ob ihn eine Pflicht bindet oder nicht. Eine Forderung, von der man sich selbst befreien kann, ist insofern keine Pflicht. Da der Träger eines subjektiven Rechts darüber entscheidet, ob aus seinem Recht Pflichten entstehen, geht deshalb subjektiven Rechten keine Selbstverpflichtung einher. Eigentum berechnigt zwar, aber verpflichtet nicht zum Gebrauch einer Sache. Das Recht auf den Gebrauch einer Sache schließt das Recht mit ein, die Sache nicht zu gebrauchen (*ius utendi et abutendi*). Der Eigentümer eines Gartens hat das Recht, aber mitnichten die Pflicht, ihn zu bewirtschaften. Ebenso haben Eigentümer eines Vermögens das Recht, das Vermögen zu seiner Vermehrung zu nutzen, wie auch das Recht, es durch Nichtnutzung zunichte zu machen.

Der Schlüssel für ein sachgerechtes Eigentumsverständnis liegt in der Unterscheidung von drei Ebenen: der ontologischen, handlungstheoretischen und interpersonellen Ebene des Eigentums. Auf der ontologischen Ebene wird das

¹² Einschlägig hierfür ist: Kelsen (1960), 139–142.

¹³ Siehe hierzu: Menke (2009), 94–100.

¹⁴ Siehe hierzu näher: Lohmann (2010).

Wesensmerkmal behandelt, hinsichtlich dessen sich das Eigentum von anderen subjektiven Rechten abhebt. Die unverwechselbare Besonderheit der Eigentumsrechte – das, was sie zu Rechten insbesondere des Eigentums machen – ist das freie Verfügungsrecht an einer Sache (*ius disponendi de re sua*). Das Wesensmerkmal des Eigentums ist demnach die Freiheit, über den Umgang mit einer Sache nach Belieben zu entscheiden. Dies rechtfertigt es auch, Freiheit als die innere Norm des Eigentums zu betrachten.

Auf der handlungstheoretischen Ebene werden verschiedenen Eigentumsrechte unterschieden, entsprechend den Handlungsmöglichkeiten, zu denen sich die Freiheit des Eigentümers konkretisiert. Eigentümer verfügen über eine Sache, indem sie über den Zweck seines Gebrauchs, Einkommens und Transfers frei bestimmen. Das freie Verfügungsrecht differenziert sich somit in drei Rechte aus.¹⁵ Eigentum befugt dazu, eine Sache nach einem selbstbestimmten Zweck zu gebrauchen, für einen selbstbestimmten Zweck zu verwerten und zu einem selbstbestimmten Zweck zu übertragen.

Eigentum ist erstens das Recht auf den Gebrauch einer Sache, wobei der Gebrauch den Besitz, die Nutzung und die Steuerung (Leitung, Management) einschließt. Das Recht, eine Sache zu besitzen, stellt das wohl allgemeinste Merkmal des Eigentums dar. Das Recht auf die Nutzung des Eigentums wiederum deckt ab, dass die Sache verwendet, verbraucht und verändert werden darf. Das Recht auf die Steuerung einer Sache befugt schließlich dazu, darüber zu entscheiden, wie eine Sache, von wem und unter welchen Bedingungen sie genutzt werden darf. Der subjektive Rechtscharakter erlaubt hier die Trennung von Eigentümerschaft und Management; Eigentümer haben zwar das Recht auf beispielsweise Leitung eines Unternehmens, aber keine Pflicht zur Unternehmensführung, die vielmehr einem Management übertragen werden kann.¹⁶ Obwohl das Unternehmensmanagement keine Pflicht ist, kann es, wie in der Wirtschaftsdemokratie, gute Gründe dafür geben, dass Eigentümer an Managemententscheidungen beteiligt sind (siehe dazu das vierte Kapitel).

¹⁵ Die drei Eigentumsrechte unterteilen sich nochmals in feinkörnigere Rechte, die weitgehend mit den Inzidenzen von Honoré (1961) übereinstimmen; diese Rechte werden gleich ausgeführt. Im Unterschied zur Bündeltheorie, die im Anschluss an Hohfeld und Honoré vertreten wird, halte ich die Inzidenzen für vereinbar mit einem Wesensmerkmal des Eigentums, das von den Einzelregelungen nicht aufgezehrt wird. Die Inzidenzen sind nicht mehr als die handlungstheoretischen Konkretisierungen der freien Verfügbarkeit, die es als Wesensmerkmal überhaupt erst erlaubt, sie einheitlich dem Eigentum zuzuordnen.

¹⁶ Die fortschreitende Trennung von Eigentümerschaft und Management in der Wirtschaftsge-schichte wird in dem Standardwerk von Adolf A. Berle und Gardiner C. Means nachgezeichnet: Berle u. Means (1932).

Eigentum umfasst zweitens das Verwertungsrecht auf das Einkommen, das mit einer Sache generiert wird. Das Verwertungsrecht erstreckt sich auf alle Erträge, die als Produkt, Profit oder Pacht aus bereits bestehendem Eigentum erwachsen. Dem Eigentümer gehören die Produkte, die mit seinem Eigentum erzeugt werden. Er darf zudem den Profit abschöpfen, der mit seinem Eigentum erwirtschaftet wird. Und schließlich verbleiben in seinem Eigentum die Zinsen und Mieten, die aus der fremden Nutzung seines Eigentums ihm zufließen. In Bezug auf das Verwertungsrecht ist der subjektive Rechtscharakter besonders folgenreich. Zwar berechtigt es dazu, aus bestehendem Eigentum Gewinne zu erwerben. Es verpflichtet jedoch nicht zum Einstreichen der Gewinne, sondern befugt darüber zu entscheiden, ob und wie die Gewinne verwertet werden. Wer – sei es eine Einzelperson oder eine Gruppe – das Recht auf das Einkommen aus einem Eigentum hat, muss das Einkommen nicht behalten, sondern kann ebenso gut auf es verzichten, es abgeben oder teilen.

Eigentum beinhaltet drittens das Recht auf den Transfer einer Sache. Rechte an einer Sache werden übertragen, indem sie erworben und veräußert werden. Erworben und veräußert wird eine Sache einseitig durch Schenkung oder wechselseitig durch Tausch. Die Schenkung nimmt die Gestalt entweder einer Rechtsübertragung durch freiwillige Zustimmung und testamentarischen Willen an, oder die einer unfreiwilligen Rechtsübertragung kraft gesetzlichen Erbes und Heimfalles. Im Tausch wird in der Regel durch Zustimmung das Recht an einer Sache als Gegenleistung für das Recht an einer anderen Sache transferiert. Er ist aber auch ohne Zustimmung möglich, wie im Fall der Enteignung mit verfassungsrechtlich garantierter Entschädigung und offenem Rechtsweg oder der Pfändung zum Zweck der Schuldentilgung. Der Eigentümer verliert oder gewinnt im Tausch demnach kein Eigentum, weil er ein gleichwertiges Eigentum für das veräußerte zurückerhält.¹⁷ Das Eigentumsrecht auf Veräußerung bildet eine Grundsäule der Wirtschaft, weil jemand nur das tauschen kann, was sein Eigentum ist.

Auf der interpersonellen Ebene werden die Beziehungen untersucht, die durch die Eigentumsrechte zwischen Personen gestiftet werden. Im Verhältnis zu anderen Personen nimmt Eigentum die Gestalt eines Schutzrechts an, das ihre Exklusion berechtigt.¹⁸ Dem subjektiven Rechtscharakter verdankt das Eigen-

¹⁷ Hegel (1970), 159–160.

¹⁸ James Penner betrachtet das Exklusionsrecht als das Wesensmerkmal des Eigentums und grenzt sich dadurch von der Bündeltheorie ab, der zufolge es kein Wesensmerkmal des Eigentums gibt, sondern nur unterschiedlich vorrangige Eigentumsrechte; u. a. Penner (1997), 152. Die Kontroverse – siehe Munzer (2013) – um diesen Vorschlag lässt sich durch die Unterscheidung der drei Ebenen des Eigentums auflösen. Exklusion ist das Merkmal der interpersonellen Beziehung zwischen Personen, die Träger von Eigentumsrechten sind. Mit ihr ist vereinbar, dass Ei-

tum die Kraft eines Schutzrechts, das jemandes Eigentum vor äußeren Eingriffen durch Privatpersonen und den Staat schützt. Als Schutzrecht befugt Eigentum zum Ausschluss anderer von dem Gebrauch, Einkommen und Transfer einer Sache, die niemand ohne die Zustimmung des Eigentümers oder seines Vertreters nehmen darf.¹⁹ Dieses Exklusivsrecht hat zur Folge, dass Eigentum unter einem hohen Legitimationsdruck steht.

Der besondere Rechtfertigungsbedarf des Eigentums wird durch die Figur der ‚ursprünglichen Aneignung‘ (*potestas appropriandi*) gedeckt. Unter ursprünglicher Aneignung wird dreierlei verstanden: eine Okkupationstheorie, eine Arbeitstheorie und eine Begründungstheorie des Eigentums. Sie bezeichnen unterschiedliche Hinsichten und können sich überlagern. Die Okkupationstheorie von etwa Cicero oder Grotius beschreibt erstens die ursprüngliche Aneignung (*prima occupatio*) als den empirischen Akt der Ersterwerbung, mittels derer etwas, das zuvor niemandem gehörte, in Eigentum übergeht. Ihre Begründungskraft ist jedoch äußerst begrenzt, weil es heutigentags kaum etwas gibt, das niemandes Eigentum ist (wie der Meeresboden), und ohnehin durch Kolonisation zumeist Land unrechtmäßig okkupiert wurde, das bereits Eigentum autochthoner Völker war.

In der von Locke ausgehenden Arbeitstheorie des Eigentums wird durch die ursprüngliche Aneignung zweitens Eigentum gebildet, das zuvor nicht bestand. Die Arbeitstheorie erklärt, inwiefern die Aneignung durch Arbeit Eigentum erzeugt. Sie begründet, weshalb man etwas, das man herstellt, nicht verliert, sondern als sein Eigentum betrachten darf; siehe dazu unten ausführlich. Eigentum, das – als Einkommen – aus bereits bestehendem Eigentum erwächst, ist zu unterscheiden von dem Eigentum, das – als der Verdienst – aus Arbeit erstmalig entsteht. Die Eigentumbildung aus Arbeit stellt im eigentlichen Sinne eine Aneignung und Wertschöpfung dar, während die Eigentumbildung aus bereits angehäuften Vermögen, etwa zinstragendem Kapital, eher eine Wertvermehrung ist. Einkommen und Verdienst sind unterschiedliche Eigentumsarten, die insofern unterschiedlich normativ, insbesondere steuerpolitisch, zu behandeln sind.

Die ursprüngliche Aneignung stellt drittens insbesondere in Kants Begründungstheorie des Eigentums (auch dazu gleich mehr) eine Figur dar, die erklärt, weshalb über eine bestimmte Sache der Rechtstitel des Eigentums ausgeübt und

gentum (auf der handlungstheoretischen Eben) sich in rechtlich garantierte Handlungen ausdifferenziert, denen (auf ontologischer Ebene) die freie Verfügung über eine Sache gemeinsam ist. ¹⁹ Christman (1994) und Harris (1996) haben auf je unterschiedliche Weise versucht, die Rechte auf Einkommen und Transfer von der Exklusivsbestimmung auszunehmen. Dies ist nur möglich, wenn der Kerngehalt des Eigentums von einem externen Standpunkt (hier: der Gerechtigkeitstheorie) aus bestimmt wird, anstatt Eigentum an seinem immanenten Gehalt der Freiheit zu messen.

die drei Eigentumsrechte auf sie angewandt werden dürfen. Die Begründungsfigur der ursprünglichen Aneignung unterscheidet sich vom Rechtscharakter und den drei Rechten des Eigentums insgesamt und liegt eine Ebene tiefer. Sie gewissermaßen ‚erzeugt‘ das Eigentumsrecht erst. ‚Ursprünglich‘ besitzt dabei keine zeitliche, sondern eine logische Bedeutung. Von einem logischen Standpunkt aus betrachtet geht die ursprüngliche Aneignung als Begründungsfigur dem Recht des Eigentums voraus. Die Frage nach der Begründung des Eigentums wird von dem Exklusionsrecht provoziert und zielt auf einen Grund für den Aneignungsanspruch. Welcher Grund rechtfertigt es, sich bestimmte Sachen anzueignen und über sie den Rechtstitel des Eigentums auszuüben? Allerdings zielt die Frage weniger auf eine Begründung, weshalb Eigentum überhaupt eigentumsfreien Gesellschaften vorzuziehen sei; denn seine Unverzichtbarkeit erklärt sich aus dem Zweck der notwendigen Verteilung in realen Gesellschaften. Vielmehr wird nach Gründen für spezifische Formen gesucht, die das Eigentum an bestimmten Sachen annehmen soll. Wir haben damit die obige Unterscheidung zwischen dem Zweck und dem Grund des Eigentums eingeholt.

Die besondere Begründungsbedürftigkeit des Eigentums verdient jedoch eine genauere Betrachtung. Denn sie erklärt sich keineswegs aus dem Exklusionsrecht allein. Die Befugnis zum Ausschluss ist für sich genommen noch keine Besonderheit des Eigentums. Auch die Rechte auf Leben, körperliche Integrität und Meinungsfreiheit – *life, limbs, liberty* – sind Schutzrechte, die Personen vor fremden Eingriffen bewahren sollen. Auf ihnen lastet aber kein vergleichbar großer Rechtfertigungsdruck. Dass Eigentum in besonderem Maße einer Begründung bedarf, erklärt sich aus vier Merkmalen der Exklusion.

Das erste Merkmal betrifft einen logischen Begründungsbedarf und wird einschlägig von Kant erörtert. Kant beschreibt den vorstaatlichen Status, der zum Eigentum berechtigt, als „ursprüngliche[n] Gesamtbesitz“. ²⁰ Dieser natürliche Gesamtbesitz ist kein empirischer Zustand, in dem sich Güter jemals historisch befanden, sondern „ein praktischer Vernunftbegriff“, das heißt eine Form, die, logisch betrachtet, notwendig anzunehmen ist. ²¹ Eigentum zeichnet zwar aus, dass es vom Eigentümer ohne die Zustimmung anderer gebraucht, verwertet und übertragen werden darf. Eigentümer schulden anderen keine Rechenschaft über ihr Eigentum. Trotzdem steht Eigentum als solches unter dem Vernunftanspruch, dass sein Grund einsehbar sein muss. Für ein universelles Publikum muss erkennbar sein, weshalb über bestimmte Sachen Eigentumstitel ausgeübt werden dürfen, die dazu berechtigen, andere auszuschließen. Denn jedes bestimmte

²⁰ Kant (2009), 72 (im Original gesperrt) (A 262); vgl. ebd., 69 (A 261).

²¹ Ebd., 72 (A 262).

Eigentum kann möglicherweise die Ansprüche aller verletzen, weil etwas, das Eigentum werden kann, zum ‚Gesamtbesitz‘ gehört und von allen beansprucht werden darf. Warum aber gehört das, was in Eigentum übergehen kann, zum ‚Gesamtbesitz‘ und damit allen gemeinsam? Im Unterschied zum Leben, Körper und Gedanken gehören Sachen nicht auf natürlicher Weise einer Person; mein Leben, mein Körper und mein Gedanke bestehen nicht unabhängig von mir und lassen sich von meiner Person nicht trennen. Eigentumsfähige Sachen sind dagegen etwas Äußeres, das sich in der Welt befindet und das durch den Prozess der *Aneignung* erst in mein Eigentum übergehen muss. Als etwas Äußeres aber könnte eine Sache auch von jeder anderen Person als ihr Eigentum angeeignet werden. Wird eine Sache also von einer Person angeeignet, wird eine andere Person ausgeschlossen, die sich die Sache ebenfalls hätte aneignen dürfen. Weil eine Sache auch in das Eigentum beliebig anderer Personen übergehen könnte, dürfen alle anderen eine Begründung erwarten, weshalb sie grundsätzlich durch die jeweilige Aneignung des Eigentums ausgeschlossen werden dürfen.

Kants Argument lässt sich folgendermaßen rekonstruieren. Innerhalb einer Rechtsordnung besitzen Sachen den Status geschützten Eigentums. Bevor beispielsweise Land eingezäunt und jemandes Eigentum wird, muss es jedoch einen Status bereits besitzen, der überhaupt zur Besitznahme berechtigt. Weder ist das Land in diesem vorstaatlichen Naturzustand schon Eigentum, denn zu Eigentum soll es durch seine Besitznahme erst werden; noch kann das Land niemandes Besitz sein, denn was einem nicht gehört, darf man durch Einzäunung nicht in Besitz nehmen und sein Eigen nennen. Ohne einen berechtigten *Anspruch auf seine Aneignung* könnte nicht erklärt werden, weshalb das Land überhaupt in Besitz genommen und als eigenes Habe betrachtet werden darf. Der Anspruch auf Aneignung lässt sich ebenso wenig im Fall der Enteignungskritik umgehen. Die unberechtigte Landnahme verletzt hier nicht ein anderes moralisches Recht, sondern die Eigentumsansprüche einer Person oder Gemeinschaft. Denn verurteilt jemand (oder eine Gemeinschaft) eine Besitznahme, so beansprucht er mit ebendiesem Verbot das Recht, über Gebrauch, Einkommen und Veräußerung des Landes zu bestimmen. Mit dem Verbot wird damit genau jenes Verfügungsrecht ausgeübt, das Merkmal des Eigentums ist. Es zeigt sich also, warum ein ‚Gesamtbesitz‘ unhintergebar ist und weshalb es keine Dinge geben kann, die niemandes Besitz sind.

Der besondere Begründungsbedarf des Eigentums erklärt sich zweitens aus einem bedürfnisbasierten Argument. Das eigene Leben, der eigene Körper und die eigenen Gedanken enthalten anderen Personen nichts vor, was sie für ihr Leben, ihren Körper oder ihre Gedanken bedürfen.²² Dagegen kann jemandes Eigentum

22 Abgesehen wird dabei von Extremfällen, wenn etwa Schwerkranke der Organe anderer bedürfen.

durchaus Sachen einbeziehen, die für Andere lebenswichtig sind; wie im Fall pharmazeutischer Patente auf lebensrettende Medikamente, die Bedürftigen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kosten vorenthalten werden. Die Möglichkeit, dass durch Eigentum anderen der Zugang zu wichtigen Gütern versperrt wird, macht damit eine besondere Eigentumsbegründung erforderlich.

Eigentum ist drittens aus konsequentialistischen Argumenten zusätzlich rechtfertigungsbedürftig. Die Aneignung bestimmter Sachen kann negative Folgen für andere haben und deren Freiheitsansprüche verletzen. Im Unterschied zu sonstigen Freiheitsrechten kann etwa das Eigentum an Grundgütern oder Unternehmen Abhängigkeiten und Herrschaft erzeugen (siehe unten). Mit dem Entstehen neuer Abhängigkeiten und Herrschaft wird jene Freiheit untergraben, zu der Eigentum befähigen soll. Es bedarf deshalb der Begründung einer spezifischen Form des Eigentums, die seinem Freiheitsanspruch gerecht wird, anstatt neue Abhängigkeiten und Herrschaft zu schaffen. Diese freiheitstheoretische Begründung wird unten im dritten und vierten Kapitel ausgeführt.

Der außerordentliche Begründungsbedarf des Eigentums entsteht viertens aufgrund seines normativen Spielraumes einer privaten oder sozialen Ausgestaltung. Für Eigentum ist die zusätzliche Begründung nötig, ob bestimmte Sachen entweder das private Eigentum eines Individuums oder das soziale Eigentum einer Gemeinschaft sind. Demgegenüber erübrigt sich eine Entscheidung darüber, ob das eigene Leben, der eigene Körper und die eigenen Gedanken mir allein oder einer Gemeinschaft gehören, weil sie ihrer Natur nach einer individuellen Trägerperson zugeordnet sind. Eigentümerschaft öffnet jedoch den normativen Spielraum zwischen privatem oder gemeinschaftlichem Eigentum. Sachen können grundsätzlich in zwei Eigentumsformen übergehen. Die individuelle Aneignung überführt Sachen in Privateigentum, das Einzelpersonen gehört. Jede Person darf einen Besitzanspruch auf jedwede Sachen erheben und sie sich als ihr Eigentum aneignen. Die individuelle Besitzform wird von Thomas Hobbes als das uneingeschränkte Recht jedes Einzelnen auf alles beschrieben.²³ Für dessen Verzicht erhalten die Bürger im Gesellschaftszustand rechtlich garantiertes Privateigentum. Hobbes' Eigentumsbegründung lässt demnach ausschließlich Privateigentum zu und schließt Gemeineigentum aus. Die soziale Aneignung dagegen nimmt die Rechtsform des Gemeineigentums an. Die Sachen gehören hier allen zusammen und damit einem einheitlichen Kollektiveigentümer. Das Gemeineigentum wird von John Locke als die ursprüngliche Eigentumsform im Naturzustand beschrieben.²⁴ Sachen gehen laut Locke durch

²³ Hobbes (1984), 99.

²⁴ Locke (2007), 29–34.

Arbeit in Privateigentum über, gehören aber vor dieser individuellen Aneignung allen gemeinsam.

Das Eigentum an bestimmten Sachen entsteht also entweder aus einer privaten oder einer sozialen Aneignung. Dementsprechend nimmt es die Rechtsform entweder des Privateigentums oder des Gemeineigentums an. Angesichts der zwei Möglichkeiten von Eigentum stellt sich nun die Aufgabe, Gründe zu geben, weshalb der einen Eigentumsform ein Vorrang vor der anderen gebührt. Weshalb verdienen bestimmte Sachen – beispielsweise Land, Wasser, Unternehmen, genetisches Material oder Wohnraum – Schutz und Förderung je entweder als Privateigentum oder als Gemeineigentum? Gesucht werden Gründe dafür, weshalb eine Sache privat oder sozial angeeignet werden darf und weshalb sie dementsprechend entweder in die Hand eines Privateigentümers oder in die Hände einer Gütergemeinschaft fallen soll. Die spezifische Begründungsaufgabe besteht also nicht darin darzulegen, weshalb überhaupt Eigentum eingeführt und gegenüber einem Zustand der Eigentumslosigkeit vorzuziehen sei, sondern zu begründen, welcher Eigentumsform – Privateigentum, Gemeineigentum oder deren Mischform – für bestimmte Sachen ein Vorzug gebührt.

Eigentumsordnungen verdanken ihre Legitimation, so unsere Leitthese, einer Mischform, in der die private und soziale Eigentümerschaft gleichermaßen berücksichtigt werden.²⁵ Um dieses Vorhaben in einem überschaubaren Rahmen zu halten, werden wir es mit fünf Einschränkungen durchführen. Erstens soll die Begründung der sozialen Eigentümerschaft ohne religiöse Gründe auskommen. Lockes theonomer Begründung des Gemeineigentums zufolge gehören die Güter vor ihrer privaten Aneignung allen Menschen gemeinsam, weil sie von Gott geschaffen und den Menschen anvertraut wurden.²⁶ Gemeineigentum wird hier durch die Vorstellung einer Instanz begründet, die als Erzeugerin der Sachen deren Eigentümerin ist und damit Rechte besitzt, denen auf Seiten der Menschen Pflichten zum Erhalt des Eigentums korrespondieren.²⁷ Quasitheonome Begrün-

²⁵ Eine wichtige Referenztheorie im Hintergrund stellt dabei die Eigentumstheorie von Hegel dar. Hegel versteht unter Eigentum Privateigentum und stellt dieses in einen Gegensatz sowohl zum Gemeineigentum als auch zum Staatseigentum. Zugleich geht das Eigentum in der Sittlichkeitssphäre über bloßes Privateigentum in eine Mischform sozialer Eigentümerschaft über, die er als ‚sittliches‘ Eigentum ausführt (Hegel 1970, 323). Ich werde auf Hegel im Folgenden nicht ausdrücklich eingehen.

²⁶ Locke macht in seiner theonomen Begründung Anleihen bei der Eigentumstheorie von Thomas von Aquin (1981, IIa, IIae, Q. 66, art. 2).

²⁷ Arbeit erzeugt laut Locke eine Wertschöpfung, die durch Eigentum entgolten wird. Durch Arbeit wird ein Wert einem Wertzusammenhang ‚hinzugefügt‘ (Locke 2007, 30), den die Güter ihrem Status als Schöpfung verdanken, die zu erhalten und zu vermehren Menschen verpflichtet

dungen des Gemeineigentums werden heutigentags verwendet in der Rhetorik einer personifizierten Natur als Eigentümerin, deren Ressourcen von Menschen nur geliehen werden, oder in traditionalistischen Vorstellungen von der Heiligkeit der Erde.²⁸ In den pluralistischen Gesellschaften der Moderne sind indes religiöse und quasireligiöse Quellen des Gemeineigentums versiegt.²⁹ Die seit dem 17. Jahrhundert sich beschleunigende Ausweitung des Privateigentums erklärt sich zumindest teilweise daraus, dass nach dem Wegbrechen alter Glaubensgewissheiten säkulare Begründungen des Privateigentums ein leichtes Spiel gegen Traditionen des Gemeineigentums hatten. Die entstandene Lücke wirkt wie ein Einfallstor für Privateigentumskonzepte. Statt mit strittigen, theologischen Vorannahmen den Zweifeln am Gemeineigentum in die Hände zu spielen, kommt es vielmehr darauf an, dem Gemeineigentum eine säkulare Begründung zu geben. Unabgegoltene Potentiale religiöser Überlieferungen des Gemeineigentumsgedanken können nur unter der Bedingung ihrer Übersetzung in eine kontrollierbare Sprache geborgen werden. Die Aufgabe besteht also darin, Privat- und Gemeineigentum zu begründen, ohne dabei auf Gründe zurückzugreifen, die religiösen Glaubensgewissheiten entstammen.

Zweitens werden wir den Fokus auf die Begründung des Produktiveigentums richten. Unterschiedliche Arten von Eigentum erfordern unterschiedliche Begründungen. Statt alles Eigentum in denselben Topf zu werfen, kommt es auf eine Unterscheidung von vier Arten des Eigentums an, die sich gleichwohl überlappen können. Zu unterscheiden sind persönliches Eigentum, geistiges Eigentum, Produktiveigentum und Eigentum an natürlichen Ressourcen. Allerdings sind die Grenzen hier fließend. Unternehmen sind in erster Linie Produktiveigentum. Sie überschneiden sich aber mit persönlichem Eigentum, wenn sie das Lebenswerk eines Firmengründers sind, und mit Eigentum an natürlichen Ressourcen, wenn in ihnen beispielsweise Rohstoffe gefördert oder verarbeitet werden. Wir werden

sind. Aufgrund ihres Geschaffenseins besitzen Güter von Natur aus einen Wert, der in ihrer Nützlichkeit für die Lebenserhaltung und Lebensqualität besteht. Dieser natürliche Wert wird durch Arbeit in einen Gebrauchswert verwandelt, der durch Eigentum entgolten wird.

28 Auf solche Metaphern stützen sich oftmals Vertreterinnen und Vertreter der Commons-Bewegung. Die Frage aber ist doch wohl die, was man jemandem antworten kann, der den Gedanken des Gemeineigentums bestreitet. Hier helfen Metaphern nicht weiter. Der vorliegende Aufsatz kann als Beitrag verstanden werden, solche Metaphern in ein Argument zu übersetzen und damit eine Begründungslücke zu schließen.

29 Ich teile die Auffassung von Jeremy Waldron, dass Lockes politische Philosophie nicht von ihrem theologischen Fundament isoliert betrachtet werden kann, ohne sie zu verfälschen. Darin sehe ich allerdings in Abweichung von Waldron keine Stärke, die für Lockes naturrechtlichen Ansatz spricht. Siehe zum theologischen Fundament vor allem das vierte Kapitel in: Waldron (2002).

das Produktiveigentum idealtypisch in den Blick nehmen und hinsichtlich der Frage nach privater und sozialer Eigentümerschaft behandeln.

Drittens werden wir die Frage nach der Kohärenz des Eigentums mit sonstigen Rechten und Werten einklammern. Die Streitfrage ist hier, ob und, falls ja, inwieweit Eigentum durch andere Rechte eingeschränkt werden darf. Solche Rechte, die das Eigentum übertrumpfen, können entweder negative oder positive Rechte sein, also Rechte, denen entweder Verbote oder Gebote korrespondieren. Verhältnismäßig unstrittig ist die Vereinbarkeit des Eigentums mit dem Verletzungsverbot. Der Vorrang des Verletzungsverbots befugt zu Eingriffen in fremdes Eigentum, indem etwa Vorschriften zum Arbeitsschutz das Eigentümerrecht auf Leitung eines Unternehmens beschränken; oder wenn Regulierungen des spekulativen Handels mit Finanzderivaten auf Lebensmittel das Veräußerungsrecht begrenzen; oder wenn menschliche Organe aus Gründen der Würde oder Autonomie durch ein Organhandelsverbot vom Verwertungsrecht ausgenommen werden.³⁰ Kontroverser ist die Annahme, dass Hilfsgeboten, wie dem steuerfinanzierten Transfer zugunsten Bedürftiger, ein Vorrang gegenüber dem Eigentum gebührt. Bisher hat jedoch niemand, einschließlich Robert Nozick, überzeugend darlegen können, weshalb ein Vorrang des Eigentums gegenüber anderen moralischen Ansprüchen im Eigentumsbegriff selbst beschlossen liegen sollte.³¹ Universelle moralische Ansprüche dürfen durch Eigentum ebenso wenig verletzt werden wie durch irgendeine andere Institution, Handlung oder Unterlassung; und wenn solche universelle Ansprüche Hilfspflichten einschließen, dann muss Eigentum mit universellen Hilfsgeboten vereinbar sein. Eigentum ist deshalb von vornherein so zu konzeptualisieren, dass Eigentumsansprüche im Einklang mit Hilfspflichten stehen, anstatt von vermeintlich natürlichen oder absoluten Eigentumsvorstellungen auszugehen, die nachträglich von Hilfspflichten verletzt werden.³² Besteuerungen setzen Eigentum voraus, das besteuert werden kann. Hilfsleistungen durch steuerfinanzierte Transfers können demnach durchaus in ein Eigentumskonzept eingebaut sein.³³ Wir werden auf die Frage nach der Kohärenz des Eigentums mit

30 Siehe zur Autonomie als Grund für das Organhandelsverbot: Schroth (2013).

31 Der Einwand gegen Nozick wird unten begründet.

32 Attas (2006).

33 Liam Murphy und Thomas Nagel vertreten die Gegenposition zu Nozicks Vorrangsthese des Eigentums gegenüber anderen moralischen Ansprüchen. Ihnen zufolge geraten Steuern und Eigentum miteinander nicht in Konflikt, weil sie zwei ungleichen Geltungssphären zugehören. Während die steuerfinanzierte Umverteilung sich durch willensunabhängige Gerechtigkeitsgrundsätze rechtfertigt, legitimiert sich Eigentum aus den willensabhängigen Konventionen einer Gesellschaft (Murphy u. Nagel 2002, 48). Steuern gehen dem Eigentum normativ voraus und bilden denjenigen Teil des Einkommens oder Vermögens, der von vornherein nicht zum Ei-

anderen moralischen Ansprüchen nicht weiter eingehen, weil sie nicht die Konzeption des Eigentums selbst, sondern die moralphilosophische Begründung von Hilfspflichten und den entsprechenden sozialen Rechten betrifft.

Eigentumsordnungen wohnt ein Freiheitsversprechen inne. Freiheit stellt den historisch wirkungsmächtigsten Grund dar, aus dem Eigentum gerechtfertigt wird. Wir werden uns viertens auf eine freiheitstheoretische Begründung des Eigentums beschränken. Andere klassische Gründe wie Rechtssicherheit – und die einhergehende Stabilität, Planungsgarantie und Pazifizierung –, Nutzenmaximierung, Effizienz, Verantwortung und personale Identität werden wir deshalb beiseitelegen.³⁴ Nichtsdestotrotz muss eine freiheitstheoretische Eigentumsbegründung die Minimalanforderung erfüllen, dass sie mit anderen Eigentumsgründen vereinbar ist. Freiheitsbasierte Eigentumsordnungen müssen Rechtssicherheit garantieren, ein nutzenmaximierendes und effizientes Wirtschaften gewähren, Eigentümern Raum für ihre Verantwortung lassen und die identitätsstiftende Kraft des Eigentums anerkennen. Die unverwechselbare Besonderheit der Freiheit besteht dabei in ihrem normativen Vorrang gegenüber anderen Eigentumsgründen.³⁵ Im Konfliktfall etwa zwischen Wirtschaftseffizienz und Freiheit verdient diejenige Eigentumsordnung einen Vorzug, in der Freiheit im größeren Maß verwirklicht wird; vorausgesetzt, dass Minimalstandards wirtschaftlicher Effizienz eingehalten werden.

Fünftens werden wir uns von einer Letztbegründung der Freiheit entlasten. Wenn Eigentum durch Freiheit begründet wird, was ist dann wiederum der Grund für die Freiheit? Diese Frage lassen wir auf sich beruhen, indem wir von einem faktischen Selbstverständnis ausgehen dürfen, demzufolge Eigentum Freiheit verkörpert. Wir beanspruchen nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die vorherrschende Vorstellung, dass Eigentum sich aus Freiheitsansprüchen

gentum einer Person gehört. Sie können deshalb das Eigentum nicht verletzen, das kein gleichwertiges moralisches Prinzip bildet.

34 Stabilität, Planungsgarantie (ein Leben langfristig planen zu können) und Pazifizierung sind keine eigentumsspezifischen Merkmale, sondern sind Effekte allgemein der Rechtssicherheit.

35 Hingegen billigt Stephen Munzer (1990, 206–221) Freiheit nur eine marginale Bedeutung für die Begründung von Eigentum zu. In seiner ‚pluralistischen‘ Eigentumstheorie werden Nutzen und Effizienz, Gerechtigkeit und Gleichheit sowie Arbeit und Verdienst als die drei Begründungsprinzipien bestimmt. Obwohl Munzers lehrreiche Untersuchung einen Meilenstein in der Eigentumsdebatte darstellt, weiche ich in zwei zentralen Überlegungen von ihm ab. Zum einen verfolge ich die Argumentationsstrategie, Freiheit in ihrem ganzen Bedeutungsreichtum zu entfalten und diesen vollen Freiheitsbegriff als Eigentumsgrund zu veranschlagen, anstatt Freiheit auf einen anspruchslosen und ausgedünnten Begriff zu verkürzen, der in der Tat nicht als Eigentumsgrund taugt. Zum anderen unterscheide ich Eigentum und andere Ansprüche, wobei Gleichheit, abweichend von Munzer, zu letzteren zählt und kein inneres Ziel des Eigentums darstellt.

rechtfertigt, an ihrem Selbstverständnis zu messen. Spätestens seit Hobbes, Locke, Kant und Hegel gehört es zu den Gewissheiten moderner Gesellschaften, dass die Sicherung der Freiheitsrechte insbesondere über die Garantie des Eigentums erfolgt. Fluchtpunkt einer Untersuchung der Legitimität von Eigentumsordnungen muss deshalb sein, dieses Selbstverständnis auf sein Recht hin zu durchleuchten. Wer den Begriff des Eigentums zu klären versucht, wird nicht umhinkommen, von der gängigen Eigentumsbegründung durch Freiheit auszugehen. Unsere freiheitstheoretische Konzeptualisierung des Eigentums ist somit einem immanenten Begründungsverfahren verpflichtet. Wir werden das Selbstverständnis klassischer Freiheitstheorien des Eigentums aufgreifen und ihre eigenen Voraussetzungen entfalten. Nichts wird beansprucht, was nicht selbst im Begriff freiheitlichen Eigentums liegt. Dabei werden drei Bedeutungen von Freiheit ausdifferenziert, die sich wechselseitig voraussetzen. Materielle, politische und epistemische Selbstbestimmung folgen analytisch auseinander als ihre jeweilige Voraussetzung, und werden kraft dieser Logik normativ zusammengehalten. Zwar drohen die materielle, politische und epistemische Selbstbestimmung für sich genommen miteinander in Widerspruch zu geraten. Ein einheitlicher Begriff freiheitlichen Eigentums aber kommt ihrem Widerspruch und damit unlösbaren Problemen zuvor. Der einheitliche Eigentumsbegriff wird durch jene Voraussetzungslogik gewährleistet, kraft derer die unterschiedlichen Freiheitsbedeutungen von vornherein miteinander verbunden sind. Somit ist die Begründungsaufgabe eingekreist. Zu begründen ist also, ob entweder privates oder gemeinschaftliches Eigentum oder welche Mischform von beidem die materielle, politische und epistemische Selbstbestimmung am besten verwirklicht.

2 Materielle Selbstbestimmung

Materielle Selbstbestimmung stellt das Grundprinzip der bürgerlichen Gesellschaft dar und besteht in der Verfügungsgewalt über die materiellen Lebensbedingungen. Sie wird als die Freiheit ausgeübt, sich die Sachen verschaffen zu können, die für ein gutes Leben wichtig sind, damit man selbst entscheiden kann, welche Ziele im Leben verfolgt werden. Ein selbstbestimmtes Leben führt demnach, wer nicht nur seine Interessen frei bestimmt, sondern auch in der Lage ist, sie zu verwirklichen. Diese Selbstbestimmung ermöglicht zudem eine materielle Unabhängigkeit von einem Versorger, der den Seinen gibt, was sie brauchen. Sie erlaubt es, frei von Angst und Furcht vor Sanktionen durch den Versorger einen Willen auszubilden und öffentlich zu vertreten. Zudem drückt sich materielle Selbstbestimmung in einem Selbstwertgefühl aus, das beispielsweise

Hegel als die Selbstwertschätzung beschreibt, „durch eigene Tätigkeit und Arbeit zu bestehen“.³⁶

Eigentum nun verleiht Personen eine solche Entscheidungsgewalt über die materiellen Bedingungen, unter denen ein gutes Leben geführt wird. Das Recht, sich selbst mit den lebensrelevanten Sachen zu versorgen, wird als das Recht auf den ungehinderten Erwerb von Eigentum an solchen Sachen institutionalisiert. Eigentum ermöglicht somit die Befreiung aus feudalen, paternalistischen und hegemonialen Abhängigkeiten und garantiert, dass Sachen unabhängig von Herkunft, Ansehen und Gesinnung angeeignet werden dürfen.

Grundsätzlich kann die materielle Selbstbestimmung eine private oder soziale Gestalt annehmen. Entweder verschaffen sich Personen individuell, je einzeln, die lebensrelevanten Sachen; die Sachen gehören damit zum Privateigentum einer Person; oder Mitglieder einer Gemeinschaft versorgen sich gemeinsam mit den erforderlichen Sachen. An den Sachen besteht hier ein Gemeineigentum. Die Begründungsaufgabe betrifft also die Frage, ob materielle Selbstbestimmung besser durch entweder Privateigentum oder Gemeineigentum ausgeübt wird.

Im Folgenden wird die Auffassung vertreten, dass materielle Selbstbestimmung zwar ein starkes, aber kein ausschließliches Argument für Privateigentum ist. Die klassische Begründung des Privateigentums durch materielle Selbstbestimmung wurde von John Locke ausgearbeitet.³⁷ Wir werden drei einschlägige Einsichten Lockes aufgreifen: die Begründung des Privateigentums durch materielle Selbstbestimmung, eine Arbeitstheorie des Eigentums und die erste Stufe der Demokratisierung des Eigentums. Allerdings werden wir einen anderen Weg der Begründung einschlagen. Abweichend von Locke werden wir auf theologische Prämissen verzichten, wichtige Fairness- und Solidaritätsbedingungen berücksichtigen und die Grenzen der Privateigentumsbegründung aufzeigen.

Das Argument für Privateigentum beruht darauf, dass allein privates Eigentum eine Verteilungsordnung garantiert, die mit materieller Selbstbestimmung vereinbar ist. Das Argument tritt zu Tage, wenn wir es mit dem Gemeineigentum kontrastieren. Damit Sachen für ein gutes Leben genutzt oder verbraucht werden können, müssen sie erzeugt und verteilt werden. Privateigentum und Gemeineigentum stellen zwei Verteilungsordnungen dar, in denen Sachen durch unterschiedliche Mechanismen für die Nutzung und den Verbrauch verteilt werden. In gemeineigentumsbasierten Gesellschaften gehört der erwirtschaftete Reichtum allen gemeinsam. Dieses Gemeineigentum wird

³⁶ Hegel (1970), 389.

³⁷ Die Bedeutung der materiellen Selbstbestimmung als Grund für Eigentum bei Locke wird herausgearbeitet von Claeys (2013).

entsprechend dem Bedarf an die Einzelnen verteilt. Was Personen erwirtschaften, fällt in einen gemeinsamen Topf, dessen Inhalt dann an alle ausgeschüttet wird. Privateigentum entsteht erst durch die Verteilung ursprünglichen Gemeineigentums; einmal entstanden, kann Privateigentum dann auch in einer solchen gemeineigentumsbasierten Gesellschaft getauscht werden. Privateigentum überhaupt entsteht jedoch durch die Verteilung ursprünglichen Gemeineigentums, das dem Privateigentum vorausgeht und ihm gegenüber die ursprüngliche Aneignung ist. Die gemeineigentumsbasierte Versorgung geht solange gut, wie die Sachen im Überfluss vorhanden sind und jeder bekommt, was er benötigt. Unter Knappheitsbedingungen allerdings wird eine Verteilungsordnung erforderlich, die zu entscheiden erlaubt, wer von den begrenzten und rivalitären Sachen welche und wie viele erhält. Drei Probleme entstehen dabei: das Wissensproblem der Präferenzermittlung, das Problem der moralischen Überforderung und die Verletzung materieller Selbstbestimmung.

Zunächst müssen die Präferenzen ermittelt werden, damit die entsprechenden Sachen produziert und an die richtigen Empfänger verteilt werden können.³⁸ Erst müssen die Bedürfnisse aller festgestellt werden, damit die Sachen für die Bedürfnisbefriedigung produziert werden. Anschließend muss das Bedürfnis jedes Einzelnen bestimmt werden, damit die Sachen den richtigen Abnehmer erreichen. Dafür sind zwei anspruchsvolle Wissensbedingungen zu erfüllen.³⁹ Zum einen ist ein Wissen über den gemeinsamen Leitwert erforderlich. Es sind Informationen darüber nötig, welchen absoluten Wert ein Zustand im Verhältnis zu Alternativen hat und welcher Abstand zwischen diesem Zustand und den Alternativen besteht. So wäre zu ermitteln, ob Marie x gegenüber y und z bevorzugt und wie stark sie x gegenüber y bzw. wie gering sie y gegenüber z bevorzugt. Zum anderen bedarf es einer Vergleichbarkeit zwischen Präferenzen verschiedener Personen. Maries Präferenzen für x , y und z müssen vergleichbar sein mit Peters Präferenzen für w . Abgesehen davon, dass eine solche Wissenserhebung technisch unmöglich ist, würde sie einen übergroßen Verwaltungsaufwand und schwindelerregende Kosten erzeugen.⁴⁰

38 Michael Albert (2003) beschreibt eine solche Präferenzermittlung in gemeineigentumsbasierten Ordnungen. In der Parecon-Ordnung erfolgt die Informationserhebung computergestützt und mit der entsprechenden Software ausgestattet.

39 Die Wissensermittlung erfolgt nicht über das empirisch beobachtbare Marktverhalten, indem ggf. durch Marktumfragen gemessen wird, wie viel jemand im privatorganisierten Markt bereit ist, für Sachen zu bezahlen. Denn bei solchen Marktanalysen entsteht das Problem der sog. „wealth effects“. Unterschiedlicher Reichtum verzerrt demnach die Informationen über die unterschiedlichen Präferenzen.

40 Diesen Einwand erhebt auch Erik Olin Wright (2010, 264) gegen Michael Alberts „Parecon“-Projekt.

Zudem geht eine gemeineigentumsbasierte Verteilung von unrealistischen Tugendzumutungen aus. Zwar hat die Verhaltensökonomie das eindimensionale Menschenbild des *homo oeconomicus* zurechtgerückt. Empirische Untersuchungen kommen zum Ergebnis, dass Menschen ihre Eigeninteressen keineswegs zum obersten und alles bestimmenden Handlungsgrund aufspreizen, sondern Fairness-Standards gegenüber anderen durchaus mitberücksichtigen. Aber nicht weniger falsch ist das Gegenteil: die Tugendphantasie, dass Menschen stets das gute Leben der anderen zum unverzichtbaren Bestandteil des eigenen Strebens erhöhen. Aber eine solche Tugendhaftigkeit müsste für die gemeineigentumsbasierte Verteilung unterstellt werden; denn die Beteiligung an der Wertschöpfung muss moralisch motiviert sein, wenn alle gleichermaßen ihren Beitrag zur Erzeugung rivalitärer und begrenzter Sachen leisten, aber nicht jeder von diesen erhält, was er wünscht. Wird etwas, das man selber braucht, einem anderen zugeteilt, obwohl beide gleich viel geleistet haben, dann muss die eigene Leistung durch den moralischen Zweck motiviert sein, das Selbstinteresse zugunsten des Wohlergehens anderer unterzuordnen.

Schließlich würde die gemeineigentumsbasierte Verteilung das Recht auf materielle Selbstbestimmung verletzen. Wenn keine moralische Motivation des Wirtschaftens unterstellt werden kann, dann wird die Sachenzuteilung zugunsten anderer als ein Dirigismus wahrgenommen, der mit Freiheit unvereinbar ist. Die Zuteilung verletzt die Freiheit, sich selbst – ob einzeln oder als Mitglied einer Gemeinschaft – mit dem versorgen zu können, was für ein gutes Leben nötig ist. Sachen werden jemandem vorenthalten, die er für ein gutes Leben benötigt, obwohl sie, wenn auch nur im begrenzten Umfang und nicht für alle, zur Verfügung stehen. Das Problem besteht hier nicht in einem Verstoß gegen die Verteilungsgerechtigkeit gemäß Bedarf, Leistung oder Gleichheit. Vielmehr wird die Freiheit als das Vermögen verletzt, sich mit den Sachen zu versorgen, die für ein gutes Leben wichtig sind. Verletzt wird das Recht auf materielle Selbstbestimmung.

Das Privateigentum verspricht nun, materielle Selbstbestimmung besser zu erfüllen. Wer Reichtum und Vermögen erwirtschaftet, dem gehören sie auch. Das Eigentum an lebensrelevanten Sachen wird ineins mit der Wertschöpfung verteilt. Das Recht auf Nutzung und Verbrauch bestimmter Sachen wird nicht nach der Wertschöpfung, sondern durch sie verteilt. Das Eigentum an einem Wert steht jedem unmittelbar mit dessen Erzeugung zu. Materielle Selbstbestimmung wird demnach durch Privateigentum effektiv verbürgt, weil die Entscheidung, welche Sachen man für ein gutes Leben nutzt und verbraucht, nicht von einer Zuteilung, sondern von der eigenen Tätigkeit abhängt. Über die Privateigentumsordnung werden Sachen in einer Gesellschaft zwischen ihren Mitgliedern so verteilt, dass jeder den Wert, den er schöpft, für ein gutes Leben nutzen und verbrauchen darf.

Die Begründung des Privateigentums hängt von der wichtigen Zusatzannahme ab, dass Eigentum aus Arbeit entsteht. Freilich entsteht Eigentum nicht nur aus Arbeit, sondern auch aus Kapital. Die Eigentumsbildung aus Kapital ist jedoch keine ursprüngliche Aneignung, weil Eigentum hier aus bereits bestehendem Eigentum erzeugt wird (siehe oben zum Verwertungsrecht). Dagegen wird aus Arbeit erstmalig Eigentum geschöpft. Arbeit umfasst Tätigkeiten, Fähigkeiten (einschließlich Risikobereitschaft) und Eigenschaften, die jemand für eine Wertschöpfung nutzt. Arbeit erzeugt grundsätzlich den Anspruch, dass jeder einen – näher zu bestimmenden – Teil der Früchte seiner Arbeit ernten darf. Diese Arbeitstheorie des Eigentums setzt einen schlanken Begriff des sogenannten Selbsteigentums voraus. Das Selbsteigentum erklärt lediglich, weshalb jemand eine Sache nicht verliert, sobald er sie geschaffen hat. Damit ist keineswegs die stärkere Annahme verknüpft, dass die Arbeit eine hinreichende Bedingung für Eigentum sei und das Recht auf den vollen Wert der Sache erzeuge. Nicht alle Früchte der Arbeit gehen zwangsläufig in Privateigentum über; denn die Wertschöpfung setzt sich nicht allein aus der eigenen Arbeitsleistung zusammen. Weitere Quellen der Wertschöpfung sind soziale Kooperation, natürliche Ressourcen und gemeinfreiheitliches Wissen.⁴¹ Das Eigentum an den Erträgen der Arbeit erstreckt sich deshalb nur auf den Wert, der übrig bleibt, abzüglich der Wertschöpfung aus diesen anderen Quellen.⁴² Die Arbeitstheorie des Eigentums schließt insofern den moralischen Vorrang von Hilfspflichten nicht aus, die dazu berechtigen, Eigentum zum Zweck des steuerfinanzierten Transfers zugunsten Bedürftiger zu besteuern.

Weder das Selbsteigentum im Allgemeinen noch der Grundsatz ‚Eigentum aus Arbeit‘ im Besonderen sind jedoch selbstverständliche Naturgegebenheiten. Sie bedürfen vielmehr selbst einer Begründung. Die Arbeitstheorie des Eigentums wird durch zwei Gründe gerechtfertigt. Erstens wird Eigentum insbesondere aus der Arbeit erworben, weil Arbeit den universellen Anspruch der Freiheit einlöst; denn durch Arbeit ist es grundsätzlich jeder Person möglich, sich durch eigene Fertigkeiten und Kraft das Eigentum zu verschaffen, das ihr die Befriedigung von Bedürfnissen und Interessen des Wohlergehens sichert. Zweitens wird mit der Arbeitstheorie das Eigentum auf eine egalitäre Grundlage gestellt; denn aufgrund

⁴¹ Hier geht es nur um die konzeptuelle Unterscheidung zwischen Anteilen der Wertschöpfung und nicht um die anwendungsorientierte Bemessung der Anteile, die eine kontextuelle Aufgabe der jeweiligen Gesellschaften ist.

⁴² Diese Mehrzahl von Faktoren, aus denen sich neben der eigenen Arbeitsleistung die Wertschöpfung zusammensetzt, kann als Argument gegen den Liberalismus im Allgemeinen und gegen Robert Nozick (2006) im Besonderen in Anschlag gebracht werden.

von Arbeit, zu der jede Person trotz unterschiedlicher Talente gleichermaßen befähigt ist, besitzen grundsätzlich alle die gleiche Möglichkeit des Eigentumserwerbs. Im Unterschied zur Eigentumsbildung aus bereits bestehendem Eigentum wie Kapital wird Eigentum möglichst gleich verteilt, wenn sein Erwerb an die Arbeit gekoppelt ist.

Allerdings geraten privateigentumsbasierte Gesellschaften, die sich auf eine Arbeitstheorie des Eigentums stützen, unter erheblichen Legitimationsdruck. Moderne Eigentumsordnungen stehen vor den besonderen Herausforderungen der Ressourcenknappheit und Ungleichheit. Die Ressourcenknappheit verursacht Interessenkonflikte über Sachen, um die Kontrahenten rivalisieren, und sie ermöglicht eine Akkumulation von Reichtum und erzeugt somit Ungleichheiten. Damit privateigentumsbasierte Gesellschaften durch solche Interessenskonflikte und Ungleichheiten ihrer Legitimation nicht beraubt werden, haben sie zwei Bedingungen zu erfüllen: Erstens müssen die fairen Bedingungen für die Eigentumsbildung garantiert sein. Damit materielle Selbstbestimmung effektiv ausgeübt werden kann, müssen Personen von der Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, auch tatsächlich Gebrauch machen können. Allein das Recht auf einen ungehinderten Eigentumserwerb reicht nicht aus, wenn nicht zudem die erforderlichen Erwerbsmöglichkeiten genutzt werden können. Die Fairness-Bedingungen werden erfüllt, wenn durch Gesetzgebungen, staatliche Interventionen und Regulierungen des Marktes gewährleistet wird, dass jede Person ihr Recht, durch Arbeit Privateigentum zu erwerben, auch effektiv wahrnehmen kann. Zweitens müssen privateigentumsbasierte Gesellschaften Ansprüchen der Solidarität genügen, um ihre Legitimation nicht einzubüßen. Bedürftige, die eine Arbeit nicht aufnehmen können, dürfen keine Nachteile erleiden und können deshalb Hilfsleistungen erwarten. Auch wenn mit der Arbeit die Mittel dazu fehlen, das Recht auf materielle Selbstbestimmung wahrzunehmen, erlischt doch dieses Recht selbst mitnichten. Das universelle Recht auf materielle Selbstbestimmung ist Personen unabhängig davon verliehen, ob es im Einzelfall aufgrund von veränderter Erwerbstätigkeit nicht ausgeübt werden kann. Damit das Recht auf materielle Selbstbestimmung gewahrt bleibt, müssen also soziale Rechte auf Hilfsleistungen einspringen.

Mit der arbeitstheoretischen Begründung des Privateigentums wird erstmalig, wenn auch unvollständig Eigentum demokratisiert. Der universelle Anspruch auf den Erwerb von Eigentum aus Arbeit legt den Grundstein für eine Demokratisierung des Eigentums, das kein Vorrecht bestimmter Gruppen ist. Wenn Arbeit den Erwerb von Eigentum legitimiert, dann beschränkt sich das Recht auf Eigentumsbildung nicht auf Privilegienträger wie Berufszünfte, Großgrundbesitzer und Unternehmensdynastien, sondern jeder Person steht das gleiche Recht auf Eigentum unabhängig von sozialer Stellung, Herkunft und Gesinnung

zu.⁴³ Das Recht auf Eigentum aus Arbeit verbürgt, dass in materieller Hinsicht jede Person ein selbstbestimmtes Leben muss führen können; und sofern Eigentum aus Arbeit entsteht, besitzen unter Fairness- und Solidaritätsbedingungen grundsätzlich alle die gleiche Möglichkeit des Eigentumserwerbs.

3 Politische Selbstbestimmung

Die Begründung des Privateigentums stößt indes auf zwei Grenzen. Die erste wird durch den Einwand markiert, dass materielle Selbstbestimmung in bestimmten Fällen von Grundgütern eher ein Argument für Gemeineigentum denn für Privateigentum ist. Auch Lockes Eigentumstheorie handelt sich diesen Einwand ein, sofern er zu begründen sucht, weshalb es gerechtfertigt ist, dass Gemeineigentum in jedem Fall in Privateigentum übergehen darf. Es ist jedoch unzutreffend, dass durch die Privatisierung von Grundgütern wie Wasser, Energie, Wohnraum und Gesundheitsleistungen sich jedermanns materielle Selbstbestimmung verbessert. Privateigentum rechtfertigt sich aus der Befreiung von Abhängigkeiten, schafft aber in Bezug auf Grundgüter neue Abhängigkeiten. Die Privatisierung von Grundgütern zwingt Verbraucher dazu, sich in die Abhängigkeit von Privatunternehmen zu begeben, die der Logik der privaten Gewinnmaximierung unterliegen. Materielle Selbstbestimmung erfüllt sich wesentlich in der unabhängigen Güterversorgung. Diese Unabhängigkeit wird jedoch ausgehebelt durch die Kontingenzen der Marktentwicklung, den Zwang der Verwertungslogik und dem Primat der Wachstumssteigerung. Preisstabilität, Qualitätssicherheit, Versorgungsgarantie und Mitgestaltungsmöglichkeiten werden eher gewährleistet, wenn die Nutzer selbst die Kontrolle über die Grundgüter ausüben.⁴⁴

Diese Kontrolle wird ihnen durch ihre gemeinsame Eigentümerschaft verliehen. Der Eigentümerschaft müssen dabei demokratische Rechte folgen. Entweder werden Leitungsgremien direkt-demokratisch von den Eigentümerinnen gewählt; wie zum Beispiel im Energieversorgungsunternehmen SMUD in der kaliforni-

⁴³ Thomas Piketty (2014) hat nachgewiesen, dass die soziale Herkunft nach wie vor, wenngleich in Gestalt von Familiendynastien, wesentlich über die Eigentumsbildung und damit über die materielle Selbstbestimmung entscheidet. Die Bildung von Eigentum aus bereits bestehendem Eigentum ist in marktwirtschaftlichen Gesellschaften größer als die Eigentumsbildung aus Arbeit.

⁴⁴ Gar Alperovitz (2006) hat in seiner bahnbrechenden Studie diese Vorzüge anhand von Non-profit-Versorgungssystemen in den USA ausgeführt. Selbst Preisstabilität und Qualitätssicherheit, geschweige denn Versorgungsgarantie und Mitgestaltungsmöglichkeiten, setzen nicht notwendigerweise die Wahlfreiheit voraus, die sich Verbrauchern durch Privatisierung bietet.

schen Hauptstadt Sacramento (durch direkt-demokratische Beteiligung wurde hier das einzige betriebseigene Atomkraftwerk bereits 1989 abgeschaltet); oder der gemeinsamen Eigentümerschaft gehen auf kommunaler Ebene wirksame Kontroll- und Durchgriffsrechte der kommunalen Parlamente einher. Insbesondere Bürgerhaushalte („partizipatives Budget“), ausgestattet mit der Budgetkontrolle, sind für die Eigentümer ein wirksames Instrument der Selbstbestimmung; ausführlich dokumentiert sind die Erfahrungen mit der Haushaltsbeteiligung in Porto Alegre.⁴⁵ Kommunale Energieselbstversorgung und kommunaler Wohnungsbau eingebettet in eine parlamentarischen Kontrolle sind weitere Beispiele für das gemeinschaftliche Eigentum an kostenintensiven Versorgungssystemen. Materielle Selbstbestimmung wird im Fall von Grundgütern also nicht durch Privateigentum, sondern durch Gemeineigentum ermöglicht. Sie ist daher eher ein Grund für die soziale als für die private Aneignung von Grundgütern.

Die demokratische Integrationskraft des Eigentums erschöpft sich, so der zweite Einwand, mitnichten in der materiellen Selbstbestimmung. Diese ist zwar ein notwendiger, aber kein hinreichender Grund für die Eigentumsordnung moderner Gesellschaften. Denn materielle Selbstbestimmung im Allgemeinen und der Grundsatz ‚Eigentum aus Arbeit‘ im Besonderen schaffen neue Zwänge. Für sich genommen lassen sie den Zwang zu, dass die Arbeit, aus der Eigentum entsteht, durch irgendwelche Tätigkeiten, unter jedweden Zeit-, Gehalts- und Werkbedingungen und mit beliebigen Zielen ausgeübt wird. Freiheit schließt deshalb die *Mitbestimmung* darüber mit ein, welche sinnvollen Tätigkeiten als Arbeit gelten, unter welchen Zeit-, Gehalts- und Werkbedingungen die Arbeit ausgeübt wird, und mit welchen ökonomischen, sozialen und politischen Zielen die Arbeit verbunden ist. Solche soziökonomischen Bedingungen, unter denen die Eigentumsbildung aus Arbeit stattfindet, stellen die Rahmenbedingungen einer Eigentumsordnung dar, die die Betroffenen mitgestalten können müssen. Freiheit umfasst sowohl den Anspruch, dass Personen sich die lebensrelevanten Sachen selbst verschaffen können müssen, als auch den Anspruch, darüber mitentscheiden zu können, wie sie verschafft werden. Materielle Selbstbestimmung allein untergräbt Freiheit, weil sie den Zwang erzeugt, unter fremdbestimmten Bedingungen sich materiell mit Sachen versorgen zu müssen. Soll durch Eigentümerschaft Freiheit verwirklicht werden, so muss die Eigentumsbildung durch die Mitbestimmung über ihre sozioökonomischen Rahmenbedingungen ergänzt werden. Mitbestimmung ist ein Erfordernis, das also aus dem freiheitlichen Eigentumsverständnis selbst folgt. Sie ist eine immanente Bedeutungskomponente des Eigentums, das sein Freiheitsversprechen nur dann einlöst, wenn

45 Siehe zu Porto Alegre und weiteren Beispielen: Fung u. Wright (2003).

materielle Selbstbestimmung durch demokratische Rechte der Mitbestimmung flankiert wird.

Die erforderliche Mitbestimmung steht unter dem egalitären Vorbehalt der Gleichheit und nimmt deshalb die Gestalt der *demokratischen Selbstbestimmung* an. Jede Person muss die gleiche Möglichkeit haben, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen; denn sie führt ein selbstbestimmtes Leben hier nur dann, wenn niemand einen größeren Einfluss auf die sie betreffenden Entscheidungen ausübt als sie selbst. Sie muss die demokratische Erfahrung der Ebenbürtigkeit machen können, dass trotz sozialer Distinktionen niemandes Stimme mehr zählt als die eigene. Selbstbestimmung erfolgt deshalb über die gleichen und damit demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Entscheidungen, die die Rahmenbedingungen einer Eigentumsordnung gestalten.

Marktteilnehmern werden solche Einwirkungsmöglichkeiten zunächst durch ihre Eigentümerrechte verschafft. Da aber Eigentum ungleich verteilt ist, bestehen hier auch ungleiche Einwirkungsmöglichkeiten. Die Einwirkungsmöglichkeiten müssen deshalb von der ökonomischen Sphäre entkoppelt werden und über ein anderes Medium als die Eigentümerrechte erfolgen. Sie werden stattdessen durch politische Rechte garantiert. Die Mitbestimmung über die Rahmenbedingungen einer Eigentumsordnung nimmt daher die Gestalt *politischer Selbstbestimmung* an. Politische Institutionen, Verfahren und Rechte verkörpern eine ausgleichende Kraft, die die eigentumsbedingten Ungleichheiten neutralisieren und den Betroffenen die gleichen Mitgestaltungsmöglichkeiten einräumen soll. Nur als Staatsbürger mit politischen Partizipationsrechten üben Marktteilnehmer die gleichen Einwirkungsmöglichkeiten auf den sozioökonomischen Gestaltungsprozess aus. Die Formierung der Rahmenbedingungen geht somit an den Gestaltungsanspruch der Politik über.

Mitbestimmung erfolgt sowohl auf der Makroebene der politischen Gesetzgebung als auch auf der vorpolitischen Mikroebene der unternehmerischen, betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Auf der Makroebene wird über den politischen Prozess der Selbstgesetzgebung eine Beteiligung an der Entscheidungsfindung garantiert. Gesetze gehen aus einem Prozess der Meinungs- und Willensbildung hervor, auf den die von ihnen Betroffenen die gleichen Einwirkungsmöglichkeiten haben. Diese kollektiv verbindlichen Gesetze regeln die Angelegenheiten der sozioökonomischen Rahmenbedingungen: Welche Arten von Risiko einer Investition und ihren Kosten sind für alle tragbar? In welche Bereiche soll investiert werden; in nachhaltige Energieträger, in den Verarbeitungssektor von Rohstoffen (statt sie unverarbeitet zu exportieren), in welche Finanzprodukte? Welcher Anteil an der Gesamtwirtschaft sollen jeweils der Realwirtschaft und der Finanzwirtschaft eingeräumt werden? Welche Umwelt- und ökologischen Knappheiten dürfen nicht geduldet werden? In welchem

Maß muss der Wert der Natur in Unternehmensbilanzen berücksichtigt werden? Welche Einkommensunterschiede sollen hingenommen und welche inakzeptablen Einkommensunterschiede (beispielsweise zwischen Berufsgruppen im sozialen Dienstleistungsbereich und im Finanzsektor) sollen eingehegt werden? Wie weit muss die Solidarität gegenüber Bedürftigen und in Not geratenen Unternehmen reichen? Welche sinnvollen Tätigkeiten sollen als Arbeit gelten, aus der Eigentum entsteht? Welche Lebens- und Wochenarbeitszeiten sollen gelten? Entscheidungen über solche Fragen gehen als Ergebnisse aus einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung hervor. Diese sichert Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Mitgestaltungsmöglichkeiten, welche sie in ungleichheitsanfälligen Eigentumsordnungen nicht haben.

Auf der vopolitischen Mikroebene der unternehmerischen, betrieblichen und überbetrieblichen (Pensions- und Versicherungsfonds etc.) Mitbestimmung werden in dem gesetzlich vorgegebenen Rahmen unter der Beteiligung der Arbeiterschaft Entscheidungen konkretisiert und spezifiziert. Mitbestimmung kann entweder durch Miteigentümerschaft gesichert oder für abhängig Beschäftigte durch Gewerkschaften und Betriebsräte wahrgenommen werden. Mitbestimmung wird hier gewährleistet durch die Beteiligung an der Entscheidungsfindung – ggf. mit zusätzlicher Expertise – über managerielle Fragen der Arbeitsgestaltung, Produktdiversifikation, Investition etc.: Wie sollen die unmittelbaren Arbeitsbedingungen und Verwaltungsabläufe gestaltet werden? Welche Einkommensunterschiede sollen in einem Unternehmen etwa zwischen Angestellten und Managern gelten? Wie viel Kapital soll ein Unternehmen im Alltag vorhalten? Wie viel Kapital soll als Dividende ausgeschüttet oder reinvestiert werden? In welche Produkt- und Verfahrensinnovationen soll investiert werden? Ein normativer Vorrang gebührt jedoch der politischen Selbstbestimmung auf der Makroebene, weil hier kollektiv verbindliche Gesetze beschlossen werden, die alle Akteure einer Gesellschaft betreffen. Die Frage etwa, in welchem Maß der Wert der Natur in Unternehmensbilanzen berücksichtigt werden soll, kann nicht jedem Unternehmen anheimgestellt werden, sondern muss verbindlich für alle Unternehmen innerhalb eines Rechtssystems entschieden werden.

Erst die demokratische Beteiligung am politischen Prozess einer Gesetzgebung, die eine effektive Gestaltungskraft auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen ausübt, verschafft also Eigentumsordnungen ihre Legitimation. Eigentumsordnungen und Demokratie teilen sich deshalb nicht zwischen dem Privatem und dem Öffentlichen auf, als dürfe der Gesetzgeber in Eigentumsordnungen gestaltend nicht eingreifen und müsse sich auf Aufgaben des Eigentumsschutzes zurückziehen. Im Gegenteil lösen Eigentumsordnungen ihr Freiheitsversprechen nur dann ein, wenn politische Freiheitsrechte die demokratische Mitgestaltung ihrer sozioökonomischen Rahmenbedingungen garantieren.

Ungleichheitsanfälligen Eigentumsordnungen wird ihre Legitimation durch eine demokratische Gesetzgebung verschafft, die trotz der Eigentumsungleichheiten Bürgerinnen und Bürgern die gleiche Mitgestaltungsmöglichkeiten der sozioökonomischen Rahmenbedingungen verbürgt. Eigentumsordnungen sind für drei Arten von Ungleichheit anfällig:

1. **Knappheitsbedingte Ungleichheit:** Eigentum wird aufgrund von Ressourcenknappheit und Arbeitsteilung sozusagen von Haus aus ungleich verteilt. In arbeitsteiligen Gesellschaften mit knappen Ressourcen ist eine ungleiche Verteilung von Eigentum, das aus Arbeit entsteht, unvermeidlich. In einem Markt mit freier Berufswahl und Einkommens-, Sinn- und Zeitanreizen wird Eigentum ungleich gebildet. Eigentum wird ungleich erworben, wenn jemand beispielsweise die Sinnhaftigkeit der Arbeit einem höheren Einkommen vorzieht oder für ein höheres Einkommen auf ansonsten verfügbare Zeit verzichtet. Solche Ungleichheiten stehen jedoch unter dem Legitimationsdruck, dass sie vor dem Hintergrund einer Gesetzgebung entstehen, die den Beteiligten die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen garantiert.
2. **Besitzbedingte Ungleichheit:** Auf dem Arbeits-, Finanz- und Immobilienmarkt besteht ein erhebliches Machtgefälle zwischen Eigentümern und Eigentumslosen. In diesen Marktbereichen ist die tatsächliche Wahlfreiheit ungleich verteilt zwischen Eigentümern von Unternehmen, Kapital oder Land auf der einen Seite und Personen auf der anderen, deren Lebensunterhalt vom Angebot einer Erwerbstätigkeit abhängt. Zwar garantiert die Vertragsfreiheit den Marktteilnehmern formal die gleichen Rechte, Angebote anzunehmen oder abzulehnen. Sie bleibt aber ein Instrument ohne Zähne und lässt einseitige Abhängigkeiten zu, wenn die eine Seite mehr zu verlieren hat als die andere. Während es bei Marktentscheidungen für Eigentümer einstweilen um die Verbesserung der Lebensqualität geht, kann für Eigentumslose ihre Existenzsicherung auf dem Spiel stehen.⁴⁶
3. **Wettbewerbsbedingte Ungleichheit:** Wettbewerbsbedingte Ungleichheiten entstehen durch marktorganisierte Enteignungsmechanismen, von denen es zwei Arten gibt: eine effizienz- und eine gewinnmotivierte Enteignung. Der Wettbewerb erzeugt in der Marktsphäre erstens durch den möglichen Eigentumsverlust wichtige Effizienz- und Innovationsimpulse. Ein wettbewerbsbedingter Enteignungsmechanismus hat deshalb bis zu einem bestimmten Grad durchaus sein Recht. Negative Effekte des Marktes werden teilweise ein-

⁴⁶ Der locus classicus für die Kritik an der vermeintlichen Vertragsfreiheit von Lohnabhängigen ist Marx (1962), 181–191.

gedämmt durch den Wettbewerb, der mit einer Enteignungsandrohung ausgestattet ist. Im Wettbewerb gibt es Sieger und Verlierer; letztere verlieren ihr Eigentum. So können Unternehmen verloren gehen aus Gründen der Misswirtschaft, der fehlenden Nachfrage und technischer Probleme. Von diesen legitimen Enteignungsmechanismen sind zweitens solche zu unterscheiden, die der Logik der Gewinnmaximierung unterliegen. Systemisch bedingte Veränderungen der makroökonomischen Lage führen hier zu Enteignungen, aus denen Andere Vorteile schlagen. Wenn Kredite, die zur Ertragssicherung und -steigerung aufgenommen werden, aus Gründen der Marktschwankungen oder durch Umwelteinflüsse (etwa wetterbedingte Ernteaufschläge) kurzfristig nicht bedient werden können, droht die Enteignung durch die Bank, die das Eigentum auf dem Markt (mitunter an kapitalstarke Großunternehmen) gewinnmaximierend veräußert. Auf dem Finanzmarkt wirkt eine ähnliche Enteignungsdynamik. Hochkonzentriertes Finanzkapital, das durch die Gewinne aus dem Eigentum an Vermögen (Zinsen aus Staatsverschuldungen, kapitalgedeckte Alterssysteme) entsteht und sich zunehmend akkumuliert, führt durch Überakkumulation zu Verwertungsschwierigkeiten. Der Zwang, Kapital vor Wertverlust zu schützen, führt zur Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten. Solche Verwertungsmöglichkeiten werden durch neue Eigentumsrechte durchgesetzt, die in neue Bereiche vordringen und die durch stärkere Akkumulationszentren die Machtfülle erweitern.

Besitz- und wettbewerbsbedingte Ungleichheiten tendieren dazu, dass sich das Produktiveigentum in den Händen weniger konzentriert, während andere über kein Produktiveigentum verfügen oder es verlieren. Diese Konzentration von Produktiveigentum stellt Demokratien vor besondere Herausforderungen, denn sie erzeugt Machteffekte, die von der ausgleichenden Kraft der Politik nicht neutralisiert werden können und die somit die politische Selbstbestimmung zu untergraben drohen. Diese Annahme wird im folgenden Kapitel eingeholt.

Deliberative Demokratien und Wirtschaftsdemokratien stellen nun zwei Alternativen dar, wie unter Bedingungen der Eigentumsballung die demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten zu sichern seien. In der deliberativen Demokratie wird die Mitgestaltung durch eine Meinungs- und Willensbildung garantiert, die sich aus Quellen einer öffentlichen Deliberation über gemeinsame Zielsetzungen speist. Sie lässt zwar hochkonzentriertes Produktiveigentum zu; die Mitgestaltung aller wird jedoch durch gesetzliche Maßnahmen verbürgt, die das Machtgefälle zwischen Eigentümern und Eigentumslosen überbrücken und die Position letzterer stärken sollen. Verbraucherrechte, Mietrechte, Arbeitsrechte und die Rechtsgarantie von Gewerkschaften und Betriebsräten dienen dabei als effektive Instrumente. Vor dem Hintergrund einer öffentlichen Deliberation ent-

scheidet der Gesetzgeber darüber, welche Mindestlöhne und Gehaltsdeckelungen die Einkommensunterschiede minimieren sollen; welche Maßnahmen Angestellte ergreifen dürfen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen; wie weit die Solidarität gehen soll und enteignungsbedrohte Unternehmen durch Kapital unterstützt werden sollen; in welche Bereiche (beispielsweise in realwirtschaftliches Vermögen, nachhaltige Werte etc.) aus Verwertungszwecken investiert werden soll und in welche nicht (beispielsweise in Wertanlagen in Staaten mit Menschenrechtsverletzungen, risikoreiche Finanzprodukte etc.).

In der Wirtschaftsdemokratie wird ein anderer Weg eingeschlagen, um zu verhindern, dass die demokratische Selbstbestimmung durch die Macht des Eigentums ausgehöhlt wird. Hochkonzentriertem Eigentum an Unternehmen, Kapital und Land soll durch seine möglichst breite Streuung vorgebeugt werden. Hier liegt die ernüchterte Annahme zugrunde, dass Eigentumskonzentrationen eine demokratische Selbstbestimmung zwangsläufig erodieren und diese Erosionseffekte durch keinen gesetzgeberischen Spielraum wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischer Initiativen aufgefangen werden. Die möglichst breite Streuung von Produktiveigentum schafft allererst die Voraussetzung für eine gemeinsame Deliberation. Die Wirtschaftsdemokratie tritt demnach nicht in Konkurrenz zur deliberativen Demokratie. Sie stellt vielmehr ein höherstufiges Modell dar, das die deliberativen Elemente aufnimmt und überführt. Sie führt über die deliberative Demokratie hinaus, weil die gemeinsame Deliberation in einer demokratischen Eigentumsordnung normativ verankert ist. Wohlgemerkt wird die Überlegenheit der Wirtschaftsdemokratie gegenüber einer rein deliberativen Demokratie nicht durch Verteilungsgerechtigkeit begründet, als ob sie deshalb einen Vorrang verdiente, weil in ihr Produktiveigentum gerechter verteilt sei. Vielmehr rechtfertigt sie sich aus Gründen der Freiheit. Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen schaffen Bedingungen, unter denen politische Freiheiten erst verwirklicht werden.

4 Epistemische Selbstbestimmung

Zwei Annahmen wurden bisher vorausgesetzt und müssen nun eingeholt werden. Schuldig geblieben sind wir erstens eine Begründung der Annahme, dass hochkonzentriertes Produktiveigentum die demokratische Meinungs- und Willensbildung zwangsläufig aushöhlt. Zweitens steht eine Begründung aus, weshalb die möglichst breite Streuung von Produktiveigentum – eine wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnung – sie dagegen verwirklicht. Weshalb also ist die Eigentumsstreuung, nicht aber die Eigentumskonzentration imstande, politische Selbstbestimmung zu realisieren? Das Scharnier in der Begründung wird von

dem Gedanken gebildet, dass sich die Eigentumsstreuung aufgrund der epistemischen Selbstbestimmung rechtfertigt.⁴⁷ Das Argument dieser epistemischen Begründung der wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnung ist zweigeteilt. Politische Selbstbestimmung kann zum einen nur unter der Voraussetzung der epistemischen Selbstbestimmung ausgeübt werden. Epistemische Selbstbestimmung wird zum anderen durch eine möglichst breite Streuung von Produktiveigentum ermöglicht.

Ich verstehe unter Wirtschaftsdemokratie, dass Demokratien die möglichst breite Streuung von produktivem Eigentum an Unternehmen, Kapital und Naturressourcen voraussetzen, mit denen in einem privat organisierten Markt Reichtum und Vermögen erzeugt werden. In Demokratien wird das Produktiveigentum von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gehalten. Eine ‚Demokratisierung‘ findet hier in zweierlei Richtung statt. Zum einen wird – sozusagen über Locke hinausführend – Eigentum demokratisiert, indem sich Produktiveigentum nicht mehr in den Händen weniger konzentriert, sondern möglichst jede Person Eigentum an Produktivressourcen halten sollte. Zum anderen wird der politische Prozess zunehmend demokratisiert durch die positiven Effekte, die eine Eigentumsstreuung für die demokratische Meinungs- und Willensbildung erzielt. Dabei wird mit der vorgeschlagenen Wirtschaftsdemokratie kein Präjudiz über entweder direkte oder repräsentative Demokratie getroffen. Diese Lesart verknüpft also Wirtschaftsdemokratie mit einer Eigentumsordnung und betont deren positive Effekte für die demokratische Meinungs- und Willensbildung. Sie unterscheidet sich damit von zwei Traditionen, in denen Wirtschaftsdemokratie auf die demokratische Entscheidungsfindung innerhalb der Marktsphäre beschränkt wird. Zum einen wird Wirtschaftsdemokratie mit betrieblicher Mitbestimmung gleichgesetzt; vertreten durch ihre Repräsentanten (bspw. Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter) nehmen Arbeitnehmer an den betriebsrelevanten Entscheidungen des Eigentümers eines Unternehmens bzw. seines Vertreters

⁴⁷ Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen werden gewiss nicht nur epistemisch begründet. Robert A. Dahl (1985) greift in seiner rechtebasierten Begründung der Wirtschaftsdemokratie das Argument auf, dass demokratische Selbstbestimmung ein intrinsisches Recht ist, das sowohl für den politischen Prozess als auch für den ökonomischen Bereich gilt; Selbstbestimmung wird im ökonomischen Bereich als Wirtschaftsdemokratie institutionalisiert. Dagegen verwende ich ein konsequentialistisches Argument: Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen rechtfertigen sich aus den epistemischen Effekten, die sie für die politische Selbstbestimmung erzielen. Dadurch vermeide ich eine Begründungsschwierigkeit, die sich in Dahls Argumentation stellt. In der rechtebasierten Begründung müsste gezeigt werden, weshalb im ökonomischen Bereich die öffentliche Freiheit (Wirtschaftsdemokratie) einen intrinsischen Vorrang vor der individuellen Freiheit (Marktfreiheit) verdient.

teil.⁴⁸ Zum anderen wird Wirtschaftsdemokratie der Räte Demokratie angenähert, der zufolge alle wirtschaftlich Betroffenen (Wirtschaftsbürger) sich zu einem Wahlkörper zusammenschließen und ein gleiches Stimmrecht für wirtschaftliche Entscheidungen ausüben, die außerhalb der politischen Sphäre getroffen werden.⁴⁹

Die wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnung besitzt drei Eigenschaften: Sie setzt sich aus einer Mischform privaten und sozialen Produktiveigentums zusammen; Produktiveigentum wird durch eine verfahrensbasierte Verteilung möglichst breit gestreut; und der politische Prozess wird durch die Streuung von Produktiveigentum gestärkt.

1. Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen bilden erstens eine Mischform aus privater und sozialer Eigentümerschaft. Einerseits gehört das Produktiveigentum Privatpersonen, die als Akteure eines privatorganisierten Marktes mit freier Berufswahl und Einkommensanreizen handeln. Andererseits ist das Produktiveigentum in einem egalitären Sinn gemeinschaftliches Eigentum. Denn die private Aneignung produktiver Ressourcen erfolgt unter dem egalitären Vorbehalt, dass möglichst vielen die gleiche Aneignung zusteht. Wirtschaftsdemokratie hebt sich somit vom Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen ab und bildet sozusagen eine Zwischenposition. Im Unterschied zum Kapitalismus werden private Eigentümerrechte in Bezug auf Produktivressourcen durch eine soziale Eigentümerschaft begrenzt. Die Konzentration von privatem Produktiveigentum verletzt die Ansprüche von gesellschaftlichen Miteigentümern auf eine gleiche Aneignung. Solche Ansprüche besitzen Bürgerinnen und Bürger als Mitglieder einer Gütergemeinschaft. Die Mitgliedschaft in einer Gesellschaft bringt sich hier (selbstverständlich nicht ausschließlich) als Miteigentümerschaft zum Ausdruck. Im Unterschied zum Sozialismus wiederum gehört das Produktiveigentum nicht nur denjenigen Arbeitern, die mit ihm arbeiten. Die Miteigentümerschaft erstreckt sich vielmehr auf alle Mitglieder einer Gesellschaft, in der verschiedene sinnvolle Tätigkeiten (Erwerbsarbeit ebenso wie Hausarbeit und soziale Fürsorge) als Arbeit gelten.

Die institutionelle Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie und ihrer hybriden Eigentumsform stellt eine interdisziplinäre Aufgabe dar, die nur im Verbund mit den Wirtschafts-, Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaften gelöst werden kann. Systematisch lassen sich vier Formen unterscheiden, von denen nur zwei dem Anspruch der Wirtschaftsdemokratie genügen, privater und sozialer Eigentümerschaft gleichermaßen Rechnung zu tragen. Erstens sind Staatseigentums-

48 Diese Traditionslinie der Mitbestimmung wird kritisch nachgezeichnet in: Martens (2010).

49 Diese Position wird vertreten in: Demirović (2007).

formen staatlicher Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen auszuschließen.⁵⁰ In ihnen kann private Eigentümerschaft zwangsläufig nichts anderes als ein Lippenbekenntnis sein. Private Eigentümerschaft schließt das Recht auf die Leitung eines Unternehmens ein, die unabhängig von staatlicher Autorität ausgeübt werden darf. Staatliches Produktiveigentum erlaubt jedoch dem Staat eine legislative, exekutive und bürokratische Verfügungsgewalt, durch die Unternehmen letztlich in den Dienst öffentlicher Interessen gestellt und als politische Akteure der Regierung vereinnahmt werden können.

Umgekehrt verfehlen zweitens private Eigentumsbeteiligungen den Anspruch der sozialen Eigentümerschaft, Produktiveigentum möglichst breit zu streuen. Zu ihnen zählen die Beteiligungen der Arbeiterschaft durch Aktienanteile (sogenannte ESOPs) mit entsprechenden Aktionärsstimmrechten; die Partizipation der ‚shareholder democracy‘, in der Aktionäre den Vorstand eines Unternehmens kontrollieren; und die Mitgliedschaft in Konsumgenossenschaften, deren Mitgliedern niedrige Kaufpreise ermöglicht werden, indem Güter in hoher Stückzahl eingekauft oder durch den Einkauf auf dem Großmarkt Zwischenhändler umgangen werden.⁵¹ Weder vermeiden diese Beteiligungsformen die Eigentumskonzentration innerhalb eines Unternehmens etwa von Großaktionären, die den Demokratieanspruch für eine kurzfristige Profitmaximierung auf Kosten langfristigen Wirtschaftens gebrauchen, noch verhindern sie die Eigentumskonzentration zwischen Unternehmen, etwa die Eigentumskonzentration eines börsennotierten Großunternehmens im Verhältnis zu lokalen Genossenschaften.

Erfolgsversprechender für die hybride Form privater und sozialer Eigentümerschaft sind zwei Varianten der Wirtschaftsdemokratie: Genossenschaften und Gesellschaftsfonds; auch wenn sie mit umsetzungsbezogenen Schwierigkeiten behaftet sind.⁵² In beiden sind Management und Eigentümerschaft (gegebenen-

50 Das „*wahrhaft menschliche und soziale Eigentum*“, das Marx (2009, 96) in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* darlegt, fällt keineswegs mit Staatseigentum zusammen. Ebenso wenig bildet es eine Mischform von privater und sozialer Eigentümerschaft, weil das soziale Eigentum an Produktionsmitteln bei ihm Privateigentum ausschließt. Soziales Eigentum stellt bei Marx vielmehr eine eigenständige dritte Eigentumsform dar, die ohne staatliche, aber auch ohne private Eigentümerschaft auskommt. Gleichwohl wird im sozialen Eigentum „das individuelle Eigentum“ (Marx 1962, 791) wieder hergestellt.

51 Siehe zur wirtschaftsmoralischen Rolle der Konsumgenossenschaften: Honneth (2011), 369–287.

52 Von John Roemer stammt der weitere Vorschlag, soziale Eigentümerschaft über ein autonomes System von Coupons zu institutionalisieren, die als Anteilsscheine an Produktiveigentum den Bürgerinnen und Bürger gehören. Solche Coupons können nur in einem eigenständigen Markt, der vom sonstigen Markt entkoppelt ist, und somit nicht gegen Bargeld gehandelt wer-

falls über ihre Vertreter) eng miteinander verknüpft. Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen werden zum einen in Genossenschaften oder ähnlichen Unternehmensrechtsformen institutionalisiert, für die der Genossenschaftsverband Mondragón, Spaniens zehntgrößter Konzern, als Musterbeispiel angeführt wird.⁵³ Genossenschaftsmitglieder sind gleichberechtigte Miteigentümer von Unternehmen oder Kapital, über die nicht eine private, sondern gemeinschaftliche Verfügungsgewalt ausgeübt wird. Zwar verfügt jedes Mitglied über einen individuellen Anteil am Eigentum; Entscheidungen über das gemeinsame Eigentum sind jedoch von der (mehrheitlichen) Zustimmung aller anderen Miteigentümer abhängig. Allerdings bleibt hier die Mitgliedschaft auf die Arbeiterschaft der Unternehmen beschränkt. Ebenso müsste der Beobachtung Rechnung getragen werden, dass Genossenschaften sich langfristig kaum anders als private Marktakteure mit ihren Betriebsegoismen verhalten.

Wirtschaftsdemokratische Eigentümerschaft kann zum anderen den institutionellen Zuschnitt von gesellschaftlich kontrollierten Fonds erhalten. Ein Beispiel hierfür sind die Arbeitnehmerfonds, wie sie von Rudolf Meidner vorgeschlagen worden sind.⁵⁴ Zwanzig Prozent des Profits eines Unternehmens fließen in Fonds, die nicht allein von der Arbeiterschaft dieses Unternehmens, sondern von gewählten Vertretern der Arbeiterschaft aller beitragenden Unternehmen kontrolliert werden. Die regionalen und nationalen Fonds üben somit langfristig nicht nur eine demokratische Kontrolle über die Unternehmen aus, sondern auch über den Zugang zum Kapital, das der Fonds für bestimmte Investitionen einsetzen kann. Hier besteht allerdings Unklarheit darüber, wie die Interaktion zwischen Management und Eigentümern auf die Art gestaltet werden kann, dass sich das Management nicht zu einer Wirtschaftsregierung und dritten Macht verselbstständigt, die weder von den Eigentümern noch vom Gesetzgeber kontrolliert werden kann.

2. Das zweite Merkmal wirtschaftsdemokratischer Eigentumsordnungen besteht in einer verfahrensbasierten Verteilung. Im Unterschied zu einer Ergebnisverteilung ermöglicht die soziale Eigentümerschaft, dass bereits die Teilhabe am Wertschöpfungsprozess verteilt wird; damit ist die Verteilung den Ergebnissen, die aus diesem Prozess entstehen, vorgelagert. Von einer Ex-post-Umverteilung (redistribution) der Ergebnisse einer Wertschöpfungskette ist zu unterscheiden

den. Roemer (2013) selbst hat sich jedoch aus Gründen der Unumsetzbarkeit mittlerweile hiervon distanziert.

⁵³ Siehe: <http://www.mondragon-corporation.com/de> (aufgerufen am 15.03.2014).

⁵⁴ Eine Darstellung und Beurteilung des Vorschlags von Meidner findet sich in: Wright (2010), 230–234.

die Ex-ante-Verteilung (predistribution) innerhalb des Prozesses der Wertschöpfung.⁵⁵ Die Ex-post-Umverteilung tritt zumeist als steuerfinanzierter Transfer auf und verteilt Reichtum und Vermögen um, nachdem sie bereits gebildet worden sind. Dies gilt beispielsweise für ein kompensatorisches und wohlfahrtsstaatliches Gerechtigkeitsverständnis, wonach diejenigen, die vom Produktiveigentum ausgeschlossen sind, dafür mit sozialen Rechten entschädigt werden.⁵⁶ In der Ex-ante-Verteilung dagegen wird das Produktiveigentum selbst breit gestreut, mit dem Eigentümer Vermögen und Reichtum erzeugen. Durch die vorbeugende Teilhabe am produktiven Eigentum wird die Konzentration von Reichtum bereits im vorgelagerten Prozess der Wertschöpfung verhindert. Es müssen deshalb die unheilvollen Folgen (dazu gleich mehr) hochkonzentrierten Produktiveigentums nicht mit Hilfe einer verspäteten Schadensbegrenzung nachkorrigiert werden. Indem möglichst viele am Eigentum beteiligt werden, werden die ökonomischen Vorteile, das unternehmerische Risiko, die rechtlich garantierte Partizipation an der Entscheidungsfindung und die Verantwortung unter möglichst vielen verteilt.

3. Der wohl wichtigste Grund dafür, die möglichst breite Streuung von Produktiveigentum als eine Form von Wirtschaftsdemokratie zu betrachten, liegt darin, dass sie den politischen Prozess der Demokratie stärkt.⁵⁷ Möglichst breite Produktiveigentumsstreuungen verschaffen, drittens, Demokratien eine robuste Legitimation, weil sie eine epistemische Selbstbestimmung ermöglichen, der demokratische Entscheidungen mitunter ihre Akzeptanz verdanken. Epistemische Selbstbestimmung wird als die Fähigkeit ausgeübt, einen Willen und Überzeugungen durch das Geben und Fordern von Gründen auszubilden; wobei das Freiheitsmoment in der Unvoreingenommenheit der Meinungs- und Willensbil-

55 Jan Narveson (2013) hat mich darauf hingewiesen, dass die Trennlinie zwischen *ex ante* und *ex post* nicht, wie ich anderenorts angenommen habe, zwischen Anfang und Ende einer Wertschöpfung verläuft, da Unternehmen selbst Teil dieser Wertschöpfungskette sind. Siehe zur Unterscheidung zwischen Ex-ante- und Ex-post-Verteilung: Rawls (2003), 217; O'Neill (2012), 88.

56 Die Annahme, der Ausschluss vom Produktiveigentum legitimierte sich durch die Kompensation mit sozialen Rechten, wird vertreten von: Brettschneider (2007), 114–135.

57 Fritz Naphtali (1966), der 1928 den Begriff der Wirtschaftsdemokratie eingeführt hat, behandelt zwar vor allem Maßnahmen einer Demokratisierung der Wirtschaft, betont aber auch, dass diese beim Ausbau der politischen Demokratie hilft. Naphtali rückt zudem den Eigentumsbegriff ins Zentrum der Wirtschaftsdemokratie. „Die Wirtschaftsdemokratie ist erst erreicht, wenn jener freiheitsrechtlichen Entwicklung der Arbeit auch eine *gemeinheitsrechtliche Entwicklung des Eigentums entspricht*.“ (Naphtali 1968, 152) Im Unterschied zu Naphtali vertrete ich ein Konzept der wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnung, das einen freiheitlichen Eigentumsbegriff und Privateigentum integriert, statt Freiheit und das Gemeinwesen als einen Gegensatz zu betrachten und das Privateigentum an Produktionsmitteln auszuschließen.

derung besteht, die ‚frei‘ von voreingenommen, trivialen und verzerrten Überzeugungen, kurzum: ‚frei‘ von Vorurteilen ist.

Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen schaffen mit der epistemischen Selbstbestimmung die Voraussetzung dafür, dass die politischen Freiheiten verwirklicht werden. Die Ex-post-Umverteilung lässt dagegen eine starke Konzentration von produktivem Eigentum zu, die den fairen Wert der politischen Freiheiten untergräbt. Zwar zählt im Wahlakt jede Stimme gleich; aber ein kleiner Teil der Gesellschaft, dem ein großer Teil der Wirtschaft gehört, hat zusätzliche Mittel zur politischen Einflussnahme. Zwei Maßnahmen schieben dieser Umwandlung von ökonomischer Macht in politische Macht einen Riegel vor. Erstens werden Lobbyismus, Kartellbildungen, Vetternwirtschaft und Korruption vermieden mittels einer Politik der Korruptionsbekämpfung, Anti-Kartell-Gesetzgebung und der Regulierung von Wahlkampffinanzierungen.⁵⁸ Während hier also der informellen Einflussnahme kraft der Gesetzgebung Einhalt geboten wird, muss sich die zweite Maßnahme anderer Mittel bedienen.

Die zweite Maßnahme, die den fairen Wert der politischen Freiheiten sichert, besteht in der möglichst breiten Streuung von Produktiveigentum.⁵⁹ Sie wird epistemisch begründet und baut auf zwei Prämissen auf. Die erste Prämisse besteht in der Annahme, dass die Verhältnisse des Produktiveigentums (jenseits von Marx' Arbeitswerttheorie) mentalitätsbildend wirken und die kognitiven Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.⁶⁰ Hochkonzentriertes Produktiveigentum bereitet den Nährboden für Vorurteile. Wenn eine Mehrheit der Gesellschaft von der steuerfinanzierten Umverteilung des Reichtums abhängt,

58 Diesem Thema widmen sich: Beitz (1989), 192–213; Bartels (2008), 252–28; Cohen (2009). In ihrer empirisch gestützten Studie haben jüngst Martin Gilens und Benjamin I. Page (2014) nachgewiesen, dass ökonomische Eliten und unternehmungsorientierte Interessengruppen einen weit größeren Einfluss auf die Regierungspolitik der USA ausüben als Durchschnittsbürger und massenorientierte Interessengruppen.

59 Für die epistemische Begründung der wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnung übernehme ich Anregungen von John Rawls' Begründung der Demokratie mit Eigentumsbesitz durch den ersten Gerechtigkeitsgrundsatz. Siehe dazu: Rawls (2003), 230–233; ders. (2008), 515–519; Wesche (2013).

60 Ausführlich untersucht und empirisch belegt ist die Wirkung, die Eigentum allgemein auf Weltanschauungen hat; ein aktueller Forschungsüberblick findet sich in Powdthavee u. Oswald (2014). Forschungsliteratur über den Zusammenhang von insbesondere Produktiveigentum und Weltanschauungen ist mir nicht bekannt. In der Forschungsliteratur über die Psychologie der Eigentümerschaft (psychology of ownership) werden die Einstellungsformationen von Eigentümern und Miteigentümern lediglich hinsichtlich des betrieblichen Zugehörigkeitsgefühls, der Arbeitsplatzzufriedenheit, der arbeitsplatzbasierten Selbstwertschätzung und der Arbeitsmotivation untersucht; vgl. van Dyne u. Pierce (2004).

der durch das Eigentum einer Minderheit erzeugt wird, dann nährt die vergiftete Debatte um Verfassungsinhalte soziale und politische Voreingenommenheiten. Vorurteile sind verzerrte Vorstellungen über die eigene soziale Rolle und die von ihr verkörperten Werte. Wir hießen solche Werte nicht gut, wenn wir verstünden, warum wir sie vertreten. Das Bedürfnis, solche Werte auf eine verfälschende Art und Weise wahrzunehmen, entsteht unter dem Druck, ein bestimmtes soziales und wirtschaftliches System aufrechtzuerhalten. Vorurteile treten in verschiedenen Facetten von trivialen, voreingenommenen und verzerrten Überzeugungen auf, die ein vereinfachtes Weltbild zum Ausdruck bringen und die Struktur von Selbsttäuschungen besitzen.⁶¹ Soziale und politische Vorurteile, die durch die Konzentration von Produktiveigentum begünstigt werden, bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus dem breiten Spektrum möglicher Vorurteile.

In Gesellschaften mit Produktiveigentum in hoher Konzentration gedeihen zwei gegensätzliche Arten von Vorurteilen. Auf der einen Seite neigen die Eigentümer von Produktivressourcen zu Gerechtigkeitsvorstellungen, die ihren Besitzstand zu sichern helfen. Zu solchen Vorstellungen zählen Überzeugungen über verdienten Reichtum; über das Recht auf die Externalisierung von Kosten des Marktes; über Wachstum und Gewinn als Selbstzweck; die Geringschätzung von vermeintlich ‚leistungsschwächeren‘ Schichten; darüber, dass, wie Londons Bürgermeister Boris Johnson sich bekannte, ökonomische Ungleichheit Neid und Gier fördere, die ein wertvoller Ansporn für ökonomische Aktivität seien; über materielle Unzufriedenheit, die nur durch mehr Eigeninitiative bekämpft werden könne; über ökonomischen Erfolg als alleiniger Grad für gesellschaftlichen Aufstieg; und über die Autorität, selbst zu entscheiden, wem mildtätige Spenden zugutekommen sollen. Zu solchen Vorurteilen gehören auch einseitige Eigentumsvorstellungen; wenn etwa Steuern als Eigentumsverletzungen betrachtet werden oder Eigentum auf Privateigentum verkürzt und seiner sozialen Gestalt beraubt wird.

Am anderen Ende des Leistungstransfers nehmen sich Personen nur als Empfänger von Leistungen wahr, die durch das Eigentum anderer erzeugt werden. Sofern sie nicht gleichermaßen wie ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Lage sind, die eigenen Angelegenheiten zu regeln, erfahren sie den Leistungstransfer als eine Quelle von niedrigem Status. Im Vergleich nehmen sie sich als Gescheiterte wahr. Damit können, wie die Ungleichheitsforschung nachweist, Einstellungen der Minderwertigkeit und Verbitterung sowie zynische oder gleichgültige Einstellungen gegenüber dem politischen System entstehen.⁶² Auf frucht-

⁶¹ Siehe zur Strukturanalyse von Selbsttäuschungen: Wesche (2011), 93–130.

⁶² Vgl. Wilkinson u. Pickett (2009).

baren Boden fallen hier der Populismus, dass „die da oben“ alle Verbrecher seien und „wir hier“ die Guten, sowie – nach dem balzacschen Motto ‚hinter jedem Vermögen steht ein Verbrechen‘ – Ressentiments und Neid gegenüber jedem, der mehr hat als man selbst. Charakteristisch für solche Vorurteile ist eine gewissermaßen paradoxe Einstellung: Einerseits ist hochkonzentriertes Produktiveigentum, von dem man ausgeschlossen ist, nicht wohlgefallen. Andererseits übt es den Reiz eines erstrebenswerten Ziels aus, dem man nacheifern sollte.

Die zweite Prämisse besagt, dass Vorurteile die Umwandlung von ökonomischer Macht in politische Macht begünstigen. Vorurteile sind Meinungen, die für begründeter gehalten werden, als sie sind, indem man sich für Argumente, Kritik und Erfahrung verschließt. Überzeugungen werden hier nicht durch Argumente gefestigt, sondern durch die Beharrlichkeit, mit der an ihnen festgehalten wird. Eine solche Unempfänglichkeit für Argumente führt dazu, dass zwischen rivalisierenden Überzeugungen nicht mehr Argumente vermitteln. Überzeugungen verdanken hier ihre Durchschlagskraft nicht dem besseren Argument, sondern der Macht, sich gegenüber anderen durchzusetzen. Über den Ausgang einer Meinungs- und Willensbildung entscheiden Überzeugungen, die sich dank ihrer kompromisslosen Härte durchsetzen. Problemlösende Argumentation wird somit durch die Ausübung von Macht ersetzt. Die Konzentration des Produktiveigentums hemmt die vorurteilsfreie Meinungs- und Willensbildung und öffnet dadurch ein Einfallstor für interessenorientierte Einflussnahmen.

Eigentümer produktiver Ressourcen besitzen dabei einen Machtvorteil; denn nur, wer über Produktiveigentum verfügt, besitzt auch ökonomische Macht, die in politische Macht umgemünzt werden kann. Ein informeller Einfluss wird ausgeübt durch Investitionsversprechen oder drohenden Kapitalabzug, durch Schaffung und Steuerung öffentlichkeitswirksamer Aufmerksamkeitsmonopole oder durch kostenintensive Reklamen für griffige Wertvorstellungen, Lifestyle-Entwürfe und Sinnangebote. Wer dagegen vom Produktiveigentum ausgeschlossen ist, dem bleiben nur die ‚bloß formalen‘ Einwirkungsmöglichkeiten des Wahlaktes. Wenn ökonomische Macht ungleich verteilt ist und in politische Macht umgewandelt wird, dann sind auch die demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten ungleich verteilt. Die ungleich größere politische Einflussnahme ökonomischer Schwergewichte führt dazu, dass die demokratische Ebenbürtigkeit auf den Augenblick des formalen Wahlaktes zusammenschmilzt.

Wir haben nun eine epistemische Dimension des Eigentums freigelegt. Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen lassen jene Vorurteile nicht aufkeimen, die in Gesellschaften mit konzentriertem Produktiveigentum gedeihen. Sie erlauben deshalb eine möglichst vorurteilsfreie Beratschlagung über gemeinsame Werte. Problemlösende Argumentation tritt in der demokratischen Deliberation an die Stelle von Vorurteilen. Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen

mobilisieren dabei eine unvoreingenommene Meinungs- und Willensbildung aus drei Gründen. Eigentümerschaft aktiviert erstens die unvertretbare Bereitschaft, sich ein eigenes Bild über Ziele zu machen. Sie befugt Eigentümer zur Verfügungsgewalt, Sachen nach selbstbestimmten Zwecken zu gebrauchen, zu verwerten und zu transferieren. Wenn die Gestaltungsmöglichkeiten aber in den eigenen Händen liegen, tritt die Frage, was einem wichtig ist, näher an einen heran. Miteigentümerschaft befähigt deshalb zu einer gemeinsamen Verständigung, in die alle ihre unvertretbaren Werturteile einspeisen. Eigentümerschaft erhöht zweitens die Erfahrung der Selbstwirksamkeit. Ohne die Hintergrundgeräusche informeller Einflussnahmen machen Beteiligte eher die Erfahrung, dass ihre Stimme in der Meinungs- und Willensbildung gehört wird und sie etwas bewirken können. Die Bereitschaft zur unvoreingenommenen Verständigung wird somit gestärkt durch die demokratische Erfahrung, dass man in den Entscheidungen vorkommt. Eigentümerschaft wirkt sich drittens auf die demokratische Deliberation als eine soziale Kooperation aus. In wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnungen erfolgt die gemeinsame Beratschlagung als soziale Kooperation, in der die Beteiligten das gemeinsame Interesse an einer auf Argumenten gestützten Sachklärung teilen: das reflexive Interesse daran, dass anstelle von Vorurteilen Argumente die Debatten prägen. Sie beteiligen sich hier nicht als Gegenspieler, sondern als Mitspieler an einer bürgerschaftlichen Willensbildung um reversible Streitfragen der Solidarität, Nachhaltigkeit und des guten Lebens.

Die vorurteilsfreie Meinungs- und Willensbildung findet dabei sowohl auf der politischen Makroebene als auch auf der unternehmerischen, betrieblichen und überbetrieblichen Mikroebene statt. Auf dieser verläuft sie nicht mehr über die Konfrontation zwischen Eigentümern einerseits und Betriebsräten oder Gewerkschaftsvertretern andererseits. Stattdessen beteiligen sich die Betroffenen (ggf. durch ihre Vertreter) in Gremien gemeinsam als Miteigentümer, die sich auf Augenhöhe begegnen. Auf der politischen Ebene erzeugt die Miteigentümerschaft gleich einen doppelten Effekt für die Meinungs- und Willensbildung. Zum einen wirkt sie direkt mentalitätsbildend: Staatsbürger begreifen sich als Gemeinschaftsmitglieder, die ihre Miteigentümerschaft verbindet, und urteilen somit als politische Akteure eines Gemeinwesens. Die Erfahrungen, Kenntnisse und Lernprozesse, die auf der Mikroebene gewonnen werden, wirken zum anderen indirekt auf die politische Meinungs- und Willensbildung. Im unternehmerischen, betrieblichen und überbetrieblichen Entscheidungsprozess werden Einstellungen von Personen geformt, die die doppelte Rolle von Wirtschafts- und Staatsbürger ausüben. Es werden in der Marktsphäre also auch die (möglichst vorurteilsfreien) Einstellungen von Staatsbürgern mitgeprägt, die sich an der politischen Meinungs- und Willensbildung beteiligen.

Auch wenn wirtschaftdemokratische Eigentumsordnungen rationalisierende Effekte für eine Meinungs- und Willensbildung erzielen, besitzen sie doch eine begrenzte Reichweite. Vorurteile werden zum einen durch sie nicht restlos gelöscht, da sie ihr zum Trotz weiterhin gepflegt werden können. Zum anderen wird ihnen ebenfalls die Stirn geboten durch Bildungsinstitutionen und zivilgesellschaftliche und lebensweltliche Praktiken wie Kunst, Kultur und Kommunikation, die somit wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen ergänzen.⁶³

Damit wird erkennbar, dass sich die Eigentumsstreuung nicht schlicht aus einer Wohlstandsverteilung erklärt. Vielmehr rechtfertigt sie sich aus Gründen der demokratischen Freiheit, sofern sie die epistemische Dimension der Demokratie zu stärken vermag. Ihrer Stärkung der öffentlichen Deliberation verdanken Demokratien einen Legitimationszuwachs. Die Legitimation einer demokratischen Entscheidung speist sich aus dem formellen Wahlakt unter Bedingungen der Gleichheit, Inklusion und Zwanglosigkeit sowie aus der öffentlichen Deliberation, die einen Beitrag zur Formierung der Einstellungen von Wählerinnen und Wählern leistet.⁶⁴ Die Legitimation verdankt sich dabei einer Zustimmung, deren Spektrum von der schwachen Duldung bis zum starken Gutheißen reicht. Die rechtlich garantierte Partizipation verbürgt nur, dass eine Duldung der Entscheidungen erwartet werden darf. Anspruchsvoller ist die Zustimmung, wenn die Entscheidungen von den Betroffenen auch gutgeheißen werden können. Ein Legitimationszuwachs wird den Entscheidungen verschafft, wenn sie aus möglichst wenigen Vorurteilen hervorgehen. Je weniger Vorurteile in die Waagschale fallen, desto erfolgreicher ist die Beratschlagung über gemeinschaftliche Zielsetzungen und desto mehr verdienen die aus ihr erwachsenen Entscheidungen, gut geheißen zu werden. Wirtschaftsdemokratische Eigentumsordnungen besitzen demnach eine legitimationsstiftende Funktion, indem sie eine öffentliche Deliberation mobilisieren, die möglichst frei von Vorurteilen geführt wird. Sie stärken die demokratische Beratschlagung und bilden somit eine Grundlage der Demokratie.

5 Schlussfolgerungen

In wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnungen sind möglichst viele Bürgerinnen und Bürger am Produktiveigentum beteiligt. Eine solche Eigentumsordnung formiert unvoreingenommene Einstellungen und mobilisiert somit die

⁶³ Vgl. Wesche (2011), 325–354.

⁶⁴ Vgl. Habermas (1994), 151–165.

demokratische Verständigung über Werte, die Bürgerinnen und Bürger miteinander teilen. Dieser Zusammenhang zwischen Demokratie und Eigentumsordnung erklärt sich jedoch nicht notwendigerweise aus Ansprüchen der Gerechtigkeit, Demokratie oder Legitimation. Das wirtschaftsdemokratische Junktim zwischen Demokratie und Eigentum ergibt sich vielmehr aus dem freiheitlichen Eigentumsverständnis selbst. Eigentumsordnungen verkörpern ein Freiheitsversprechen. Die Freiheitsgründe, die Eigentum rechtfertigen, sind die gleichen, die seine politische Einbettung und seine wirtschaftsdemokratische Streuung begründen. Freiheitsbasierte Eigentumsordnungen garantieren die Verfügungsgewalt über die materiellen Lebensbedingungen, sind in einem demokratischen Prozess der Meinungs- und Willensbildung eingebettet und streuen die Beteiligung am Produktiveigentum möglichst breit.

Der Befund dieser drei Merkmale demokratischer Eigentumsordnungen fällt auch in der Theorie des guten Lebens auf fruchtbaren Boden. Eigentum verbürgt Bürgerinnen und Bürgern das Recht, sich die Sachen selbst verschaffen zu können, die für ein gutes Leben erforderlich sind. Zudem müssen die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen der Eigentumsordnung mit den Standards des guten Lebens vereinbar sein. Beides setzt ein Verständnis dessen voraus, was ein gutes Leben ausmacht. Die öffentliche Verständigung über gemeinsame Werte, die von wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnungen mobilisiert wird, schließt eine unvoreingenommene Verständigung über Vorstellungen des guten Lebens mit ein. Demokratische Eigentumsordnungen verwirklichen also nicht nur Freiheit, sondern schaffen die Voraussetzung für eine gemeinsame und unvoreingenommene Verständigung über das gute Leben. Der Unterschied liegt allerdings darin, dass Freiheit eher als das gute Leben eine Norm ist, die sich dem Selbstverständnis bestehender Eigentumsvorstellungen selbst entnehmen lässt.

Literatur

- Albert, M. (2003), Parecon, London.
- Alperovitz, G. (2006), *America Beyond Capitalism. Reclaiming our Wealth, our Liberty and our Democracy*, Hoboken, N. J.
- Attas, D. (2006), Fragmenting Property, in: *Law and Philosophy* 25.1, 119–149.
- Angehrn, E. (1989), Besitz und Eigentum. Zu einem Problem der Politischen Philosophie, in: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 43, 94–110.
- Bartels, L. M. (2008), *Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age*, Princeton, N. J.
- Beitz, C. (1989), *Political Equality. An Essay in Democratic Theory*, Princeton, N. J.
- Berle, A. A., u. Means, G. C. (1932), *The Modern Cooperation and Private Property*, New York.
- Bleicken, J. (1995), *Die athenische Demokratie*, Paderborn.

- Brettschneider, C. (2007), *Democratic Rights. The Substance of Self-Government*, Princeton, N. J.
- Cheneval, F., u. Laszlo, C. (2013) (Hg.), *Schwerpunkt: Property-Owning Democracy (= Analyse und Kritik. Zeitschrift für Sozialtheorie 35.1)*.
- Christman, J. (1994), *The Myth of Property: Towards an Egalitarian Theory of Ownership*, New York.
- Claeys, E. R. (2013), *Productive Use in Acquisition, Accession, and Labour Theory*, in: Penner u. Smith (2013), 13–46.
- Cohen, J. (2009), *Money, Politics, Political Equality*, in: ders., *Philosophy, Politics, Democracy. Selected Essays*, Cambridge, Mass., 268–302.
- Dahl, A. R. (1985), *A Preface to Economic Democracy*, Berkeley, Calif., u. Los Angeles.
- Demirović, A. (2007), *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*, Münster.
- Fung, A., u. Wright, E. O. (2003), *Deepening Democracy. Institutional Innovations in Empowered Participatory Governance (= The Real Utopias Project 4)*, London u. New York.
- Gilens, M., u. Page, B. I. (2014), *Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens, Perspectives on Politics (im Erscheinen)*.
- Habermas, J. (1994), *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main.
- Hardt, M., u. Negri, A. (2010), *Common Wealth. Das Ende des Eigentums*, Frankfurt am Main.
- Harris, J. W. (1996), *Property and Justice*, Oxford.
- Hart, H. L. A. (1985), *Are there Any Natural Rights?*, in: Waldron, J. (Hg.), *Theories of Rights*, Oxford, 77–90.
- Hegel, G. W. F. (1970), *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Frankfurt am Main.
- Hobbes, T. (1984), *Leviathan*, Frankfurt am Main.
- Honneth, A. (2011), *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin.
- Honoré, A. M. (1961), *Ownership*, in: Guest, A. G. (Hg.), *Oxford Essays in Jurisprudence*, Oxford, 107–147.
- Kant, I. (1992), *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, Hamburg.
- Kant, I. (2009), *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*, Hamburg.
- Kelsen, H. (1960), *Reine Rechtslehre*, 2. Aufl., Wien.
- Locke, J. (2007), *Zweite Abhandlung über die Regierung*, Frankfurt am Main.
- Lohmann, G. (2010), *Zur moralischen, juristischen und politischen Dimension der Menschenrechte*, in: Sandkühler, H. J. (Hg.), *Recht und Moral*, Hamburg.
- Macpherson, C. B. (1973), *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*, Frankfurt am Main.
- Martens, H. (2010), *Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik*, Hamburg.
- Marx, Karl (1962), *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie (= MEW 23)*, Berlin.
- Marx, K. (2009), *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, Frankfurt am Main.
- Menke, C. (2008), *Das Nichtanerkennbare. Oder warum das moderne Recht keine „Sphäre der Anerkennung“ ist*, in: Forst, R., Hartmann, M., Jaeggi, R., u. Saar, M. (Hg.), *Sozialphilosophie und Kritik*, Frankfurt am Main, 87–108.
- Mill, J. S. (1971), *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*, Paderborn.
- Munzer, S. R. (1990), *A Theory of Property*, Cambridge.
- Munzer, S. R. (2013), *Property and Disagreement*, in: Penner u. Smith (2013), 289–319.

- Murphy, L., u. Nagel, T. (2002), *The Myth of Ownership: Taxes and Justice*, New York.
- Naphtali, F. (1966), *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Frankfurt am Main.
- Narveson, J. (2013), Comment on Tilo Wesche. On Property-Ownng Democracy, in: Cheneval u. Laszlo (2013), 113–119.
- Nozick, R. (2006), *Anarchie, Staat, Utopie*, München.
- O'Neill, M. (2012), Free (and Fair) Markets without Capitalism. Political Values, Principles of Justice, and Property-Ownng Democracy, in: ders. u. Williamson, 75–100.
- O'Neill, M., u. Williamson, T. (2012) (Hrsg.), *Property-Ownng Democracy. Rawls and Beyond*, Oxford.
- Penner, J. (1997), *The Idea of Property in Law*, Oxford.
- Penner, J., u. Smith, H. E. (Hg.) (2013), *Philosophical Foundations of Property Law*, Oxford.
- Powdthavee, N., u. Oswald, A. J. (2014), Does Money Make People Right-Wing and Inegalitarian? A Longitudinal Study of Lottery Winners (= IZA Discussion Paper 7934).
- Piketty, T. (2014), *Capital in the Twenty-First Century*, Cambridge, Mass.
- Rawls, J. (2003), *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf*, Frankfurt am Main.
- Rawls, J. (2008), *Geschichte der politischen Philosophie*, Frankfurt am Main.
- Roemer, J. E. (2013), Thoughts on Arrangements of Property Rights in Productive Asserts, in: Cheneval u. Laszlo (2013), 55–63.
- Schroth, U. (2013), Möglichkeiten und Grenzen der Spenderautonomie. Das Hin- und Herwandern des Blickes zwischen Medizinethik und Medizinrecht am Beispiel der Lebendorganspende, in: Sautermeister, J. (Hrsg.), *Verantwortung und Integrität heute. Theologische Ethik unter dem Aspekt der Redlichkeit*, Freiburg, 225–245.
- Thomas v. Aquin (1981), *Summa Theologica*, Westminster.
- Van Dyn, L., u. Pierce, J. L. (2004), Psychological ownership and feelings of possession: three field studies predicting employee attitudes and organizational citizenship behavior, in: *Journal of Organizational Behavior* 25, 439–459.
- Waldron, J. (1988), *The Right to Private Property*, Oxford.
- Waldron, J. (2002), God, Locke, and Equality. Christian Foundation in Locke's Political Thought, Cambridge.
- Wesche, T. (2011), *Wahrheit und Werturteil. Eine Theorie der praktischen Rationalität*, Tübingen.
- Wesche, T. (2013), The Concept of Property in Rawls' Property-Ownng Democracy, in: Cheneval u. Laszlo (2013), 99–111.
- Wilkinson, R., u. Pickett, K. (2009), *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin.
- Wright, E. O. (2010), *Envisioning Real Utopias*, London.